30. Januar, Kampftag gegen Reaktion und Faschismus Seite 3

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 48 vom 2. Dezember 1977 | 11. Jahrgang | 50 Pfennig

Bonner "Sachverständige" fordern Lohnverzicht

Kämpfen wir für eine echte Lohnerhöhung

Gerade rechtzeitig zum Beginn der Metalltarifrunde hat Bonn jetzt seine „fünf Weisen" (offizielle Bezeichnung: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung) ins Rampenlicht treten lassen. Und zu welchen Schlüssen kommen die Herren Sachverständigen? Daß „unsere Wirtschaft" zu allererst und am dringendsten das eine braucht: nämlich, daß die Werktätigen ihren Gürtel noch ein ganzes Stück enger schnallen. Massiver Lohnverzicht heißt ihr Heilmittel. Das Allerhöchste, was überhaupt vertretbar sei an Tariferhöhung (und auch dies nur mit schweren Bedenken), sei ein Anstieg um 5,5 Prozent. Aber nicht etwa 5,5 Prozent reine Lohnerhöhung. Nein — 5,5 Prozent einschließlich aller Nebenleistungen im kommenden Jahr. Besser noch sei allerdings ein Anstieg um maximal nur 3,5 Prozent. Würden die Löhne in den kommenden Jahren um nicht mehr als 3,5 Prozent steigen, dann könne man sogar hoffen, daß die Arbeitslosigkeit ein wenig eingedämmt würde.

Und die Herren stellten darüber hinaus sogar in Erwägung, ob nicht überhaupt eine völlige Lohnpause vonnöten wäre. Allerdings trauten sie sich dann doch nicht so direkt einen völligen Lohnstopp zu fordern, wohl um nicht allzusehr die Empörung der Arbeiterschaft zu provozieren.

Das ist es also, was „Unsere Wirtschaft" braucht. Du siehst das nicht ein, weil dein Realeinkommen sowieso in den vergangenen Jahren immer mehr gesunken ist? Du wendest ein, das Geld würde schon jetzt hinten und vorne nicht mehr reichen und im nächsten Jahr würde wieder alles Mögliche massiv im Preis steigen wie Kohlen, Strom, Fernsehgebühren, öffentliche Nahverkehrsmittel usw.? Dann fehlt es Dir eben an wirtschaftlicher Vernunft. Dann gefährdest Du eben mutwillig Deinen Arbeitsplatz. Wo kommen wir denn hin, wenn die armen Unternehmer nicht ihre Profite kräftig hochtreiben können! Wer dafür ist, daß es unserer Wirtschaft nicht noch dreckiger geht, der muß eben auch mal Opfer bringen können!

Das ist nun also der Weisheit letzter Schluß. Nach „mühsamen Forschungen" ist der Sachverständigenrat zu diesem „wissenschaftlichen Ergebnis" gekommen. Ist es nicht seltsam: Genau das gleiche haben doch die Unternehmer schon die ganze Zeit gesagt. Nun ja, den Seinen gibts der Herr im Schlaf...

Wie reagierte der DGB auf dieses unverfrorene Geschrei nach Lohnverzicht im Gewand der „Wissenschaft"? Entlarvte er es als üble kapitalistische Lügenpropaganda, als schmutziges Spiel mit der Angst vor noch größerer Arbeitslosigkeit, das ausgerechnet von denen betrieben wird, die skrupellos Hunderttausende von Arbeitsplätzen vernichtet haben, um sich dadurch Rekordprofite zu sichern? Stellte er klar, daß die Arbeitslosigkeit nie und nimmer das Ergebnis von angeblich „zu hohen Löhnen" ist, sondern das Ergebnis der Profitgier der Kapitalisten und der kapitalistischen Ausbeuterordnung?

Nein! Der DGB reagierte mit einem lahmen und fadenscheinigen Protest. Er faselte davon, daß der Sachverständigenrat „seine gesetzlichen Pflichten verletzt" habe, weil er von „Spekulationen und ungesicherten Vermutungen" ausginge. Als ob diese „Wissenschaftler" nicht gerade dafür so fett bezahlt würden, daß sie den brutalen Angriffen der Kapitalisten auf die Lebenslage der Werktätigen das Etikett „wirtschaftlich notwendig" anheften und ihre maßlose Profitgier als „Allgemeinwohl" verherrlichen.

Hier von „ungesicherten Vermutungen" und „Spekulationen" zu sprechen, heißt nichts anderes, als die schmutzige Lohnverzichts-Propaganda indirekt zu bestätigen, ihr jedenfalls Vorschub zu leisten! Wahr ist, daß der DGB-Apparat selbst keineswegs den Kampf gegen den Abbau der Reallöhne unterstützt, sondern daß er ihn sabotiert und unterdrückt, wo er nur kann. Nur daß er nicht so offen seine Arbeiterfeindlichkeit zur Schau stellt, sondern diese mit dem Deckmantel der gewerkschaftlichen Interessenvertretung tarnt.

Die Arbeiter und kleinen Angestellten brauchen dringend eine Reallohnerhöhung. Die richtige Antwort auf die reaktionäre Bonner Propaganda ist der konsequente Kampf für eine echte Lohnerhöhung in den anstehenden Tarifrunden.



Streik der Hoesch-Arbeiter 1973

Imperialisten loben Sadat-Reise

Sie wollen die Kapitulation der arabischen Völker!

Anhaltende Massenproteste prägen das Bild der arabischen Welt auch nach dem Abschluß der Reise Sadats zu den israelischen Zionisten. In Massendemonstrationen, in Erklärungen revolutionärer Organisationen wird der Kniefall des ägyptischen Präsidenten vor den Todfeinden der arabischen Völker als Verrat gebrandmarkt. Jetzt zeigen sich auch die ersten Ergebnisse dieser Reise: In Kairo wird der Sender „Stimme Palästinas", der in arabischer und hebräischer Sprache zum Kampf gegen das Regime Tel Aviv aufgerufen hat, geschlossen.

Die Büros der palästinensischen Organisationen werden unter scharfe Bewachung gestellt, eine noch unbekannte Anzahl von palästinensischen Flüchtlingen, die in Ägypten leben, wird deportiert. Das sind also die ersten Früchte jener „historischen Mission", um die auch hierzulande ein Rummel gemacht wurde, wie man ihn selten erlebt hat. Sadat total — das war das Bild, daß die Bonner Propagandamedien in der letzten Woche boten. Und manchem wars

Fortsetzung auf Seite 10

Entwurf für Polizeirecht verabschiedet

Innenminister wollen den Todesschuss

Einstimmig angenommen wurde auf der Konferenz der Innenminister am vergangenen Freitag der Entwurf für ein einheitliches Polizeigesetz. Einstimmig angenommen ist damit der gezielte Todesschuß, ist die Aufrüstung der Polizei mit Kriegswaffen, der Schußwaffengebrauch gegen Versammlungen und Demonstrationen. Jetzt wollen sie den Entwurf durch die Parlamente peitschen. Bereits nächste Woche soll das Gesetz etwa im bayrischen Landtag über die Bühne gehen.

Wie hatten sich die Herren in den letzten Wochen und Monaten gedreht und gewunden, um dieses Ermächtigungsgesetz für eine schießwütige Polizei herunterzuspielen. Denn auch die von ihnen erzeugte Terroristenhysterie konnte nicht die Stimmen der Empörung vor allem über den Todesschuß zum Schweigen bringen. Einen „Rettungsschuß" nannte es der NRW-Innenminister zynisch. Und auf dem SPD-Parteitag wurden lautstark „Bedenken" geäußert. Aber jetzt steht es da: „...wenn er das einzige Mittel zur Abwehr einer Lebensgefahr oder der gegenwärtigen Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der körperlichen Unversehrtheit ist", dann kann der gezielte Todesschuß angesetzt werden, dann kann zur legalen Exekution geschritten werden. Und so eine „Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung" — das wissen wir ja aus -zig Prozessen — die liegt eben schon vor, wenn ein Polizist einen Tritt gegen das Schienbein bekommt. Mit diesem Gesetz ist die Todesstrafe als Hinrichtung durch die Polizei wieder eingeführt!

Fortsetzung auf Seite 7

"Friedrich der Große" in Herne

Wieder wird eine Zeche stillgelegt

Die letzte Kohlenzeche in Herne, die Verbundanlage Friedrich der Große/Mont Cenis, wird am 31. März 1978 stillgelegt. Fast 3.000 Kumpel werden ihren Arbeitsplatz verlieren. Wie selbst die „WAZ" vom 12. August zugegeben hat, wird Friedrich der Große nicht deshalb dichtgemacht, weil etwa die Kohlenvorräte erschöpft wären. Es geht um den Profit der RAG-Kapitalisten. Eine weitere Förderung, so heißt es lapidar, sei „unwirtschaftlich".

Und der IGBE-Apparat? Hatte nicht IGBE-Chef Schmidt auf der Kundgebung des DGB in Dortmund so getan, als ob ihm und seinesgleichen nichts mehr am Herzen läge als die Erhaltung der Arbeitsplätze der Ruhrkumpel? Die Taten dieses Herrn wie des gesamten IGBE-Apparats sehen anders aus.

Wie immer stimmten die IGBE-Betriebsräte der Stillegung zu. Die Folgen für die Kollegen kümmerten sie dabei wenig. Der Sozialplan, auf den sie sich mit den Kapitalisten geeinigt haben, tritt im Gegenteil die Interessen der Kumpel mit Füßen.

Sicher, die Ruhrkohlekapitalisten haben ihre Schäfchen im Trockenen. Schon im letzten Jahr preßten sie die Kollegen von Friedrich dem Großen so aus, daß sie 56 Millionen DM Profit in die Tasche stecken konnten. Und in diesem Jahr wird es noch mehr sein. Die Kapitalisten haben die Arbeitshetze unter Tage mörderisch gesteigert. Ohne Rücksicht auf das Leben und die Gesundheit der Kollegen trieben sie die Förderleistung pro Mann und Schicht auf Rekordhöhen. Ihre Kalkulation ist einfach:

Fortsetzung auf Seite 4

AUS DEM INHALT

Strauß in Chile: Eine Mörderbande und ihr Anwalt 2
Bundesbahn-Preiserhöhungen: Getroffen werden Berufstätige und Schüler 2
Metalltarifrunde: Unternehmer drohen mit Aussperrung 4
Hagen/Dortmund: Massenentlassungen in der Stahlindustrie 5
Solidaritätsadressen gegen den Verbotsantrag 6
Kiel: Gefängnis ohne Bewährung für Antifaschisten 7
Francois de Blois freigekämpft! 7
Der Kampf gegen den modernen Revisionismus — entscheidende Voraussetzung für den Sieg der Revolution 8
November im Bild 9
DDR-Außenminister im Iran: Zusammenarbeit gegen das Volk 10
Der Widerstand in Chile 11

Strauß in Chile

Eine Mörderbande und ihr Anwalt

Abscheu empfindet jeder anständige Mensch über den Besuch des CSU-Chefs Strauß bei der faschistischen Generalsclique in Chile. Er trat dort als unverhüllter Anwalt der Mörderbande auf, die Chile mit Blut und Terror regiert. Der Händedruck, den Strauß mit Pinochet austauschte, bezeugt die völlige Geistesverwandschaft dieser beiden Reaktionäre. Kaum in die Bundesrepublik zurückgekehrt, nutzte er Löwenthals ZDF-Magazin zu neuen unerhörten Lobhudeleien auf die Faschisten.

Unverfroren hatte Strauß schon in Santiago de Chile erklärt, am meisten bewundere er den „inneren Frieden" und die „politische Stabilität" in Chile. Die ganze Welt weiß, was es mit dem „inneren Frieden" in Chile auf sich hat: 30.000 Menschen hat die Junta ermordet; 2.500 wurden von der Geheimpolizei verschleppt, von ihnen fehlt jede Spur; Zehntausende wurden und werden in den Folterkellern und KZs des Regimes grausam gequält und eingekerkert; alle Freiheiten sind beseitigt. In Chile herrscht die Willkür, haben die Sadisten und Menschenschlächter im Dienst der Junta freie Hand. In Chile herrscht eine finstere faschistische Diktatur von Gnaden des USA-Imperialismus und mit Rückendeckung aller Imperialisten und Reaktionäre.



Strauß und Pinochet während der Enthüllung des Denkmals für „Unsere Ahnen"...

Und da behauptet Strauß, in Chile gebe es keine politischen Gefangenen, in den Gefängnissen säßen lediglich einige „subversive Elemente". Und da hat er die Stirn, zu behaupten, der Putsch sei durch die Verfassung legitimiert. Genausogut könnte man die Verbrechen des Hitlerfaschismus mit dem „Argument" rechtfertigen, schließlich sei Hitler durch eine Wahl an die Macht gekommen.

Wie moralisch verkommen muß ein Politiker sein, der den faschistischen Terror in Chile damit rechtfertigt, daß auch in der Sowjetunion der Faschismus herrscht?

Strauß hat in Chile an den Feiern zum 125. Jahrestag der Einwanderung der ersten Deutschen teilgenommen. „Unsern Ahnen", lautet die Inschrift des Denkmals, vor dem Strauß erklärte, die Bürger des „freien Deutschland" seien stolz auf die Deutschen in Chile, die geholfen hätten, „den Fortschritt des Landes aufzubauen". Meinte Strauß damit etwa die Werktätigen deutscher Abstammung in Chile? Natürlich nicht.

Auf die „Deutschen", die Strauß meinte, haben wir keinen Grund, stolz zu sein.

Ihre Ahnen waren die Salpeterkönige, die Ende des 19. Jahrhunderts die Reichtümer Chiles plünderten und die preußischen Generäle, die später die reaktionäre chilenische Armee ausbildeten. Ihre Ahnen waren Räuber, die den Indianern das Land gestohlen haben und sich darauf niederließen. Ihre Väter waren die fünfte Kolonne Hitlers in Chile, deren Güter später Zufluchtsstätten der aus Deutschland geflüchteten Naziverbrecher waren. Die „Deutschen" in Chile haben den faschistischen Banden vor dem Putsch Unterschlupf gewährt, sie genährt und finanziert. „Deutsche" betreiben mit der „Kolonie Dignidad" eines der größten Folterlager der Pinochet-Faschisten.

Das ist die Gesellschaft, in der sich Strauß wohlfühlt. Empört gab sich auch die SPD über den Strauß-Besuch in Chile. Aber diese Empörung ist reine Heuchelei. Schließlich ist es die SPD-Regierung, die das faschistische Regime mit Krediten überhäuft und chilenische Offiziere in der Bundeswehr ausbilden läßt. Nur der Ton von Strauß hat diese Herren gestört, die ihre Geschäfte lieber im Dunkeln betreiben.

Ob SPD/FDP oder CDU/CSU — sie alle tanzen nach der Pfeife der westdeutschen Imperialisten. Und worum es denen geht, haben die Hoechst-Kapitalisten stellvertretend für alle nach dem Putsch in Chile ausgesprochen: „Der so lang erwartete Eingriff der Militärs hat endlich stattgefunden... Chile wird in Zukunft ein für Hoechster Produkte zunehmend interessanter Markt."

Für den Profit, für das „Recht", andere Völker ausplündern zu können, gehen die Imperialisten über Leichen.

Bundesbahn-Preiserhöhungen

Getroffen werden Berufstätige und Schüler

Schon im Mai mußten Berufsspendler und Fahrschüler mehr zahlen. Die Bundesbahn schlug bis zu 14,6 Prozent auf. Manche Familie wird empört ihr Haushaltsgeld neu eingeteilt haben: weniger Geld für Essen und Kleidung, mehr für die Monatskarten. Und nun schon wieder eine Preiserhöhung! Ab 1. März soll die Bahn noch teurer werden.

Die einfachen Fahrkarten im Nahverkehr werden bis zu 9,5 Prozent mehr kosten. Also Dortmund-Oberhausen nicht mehr für 5,40 DM, sondern für 5,80 DM. Auch die Monatskarten für den Berufsverkehr werden teurer. So werden die Pendler für eine Entfernung von 15 km nicht mehr 51 DM, sondern 55 DM zahlen müssen. Das gleiche ist für Fahrschüler geplant. Statt jetzt 37 DM für eine Monatskarte, im März 39 DM. Und Preisermäßigungen für Einzelfahrten von Berufstätigen und Schülern fallen ganz weg!

Diese geplante Preiserhöhung ist eine gezielte Ausplünderung der Werktätigen. Denn wer fährt mit der Bahn zur Arbeit? Kollegen, die aus den Arbeitervierteln in die Vororte der Großstädte vertrieben wurden. Werktätige, die auf dem Land keine Arbeit fanden. Oder Arbeiter, die sich in einer anderen Stadt eine Stelle suchen mußten.

Die Stoßrichtung der Preiserhöhung wird noch deutlicher, wenn man sie mit der gleichzeitigen Erhöhung für Fernfahrten vergleicht. So kostet die Fahrt Hamburg-München künftig 104 DM statt 101 DM. Also nur 3 DM mehr. Und Reisen in der ersten Klasse werden erst gar nicht erhöht! Die Geschäftsreisenden könnten zum Flugverkehr überwechseln, so argumentiert die Bundesbahn zynisch. Sicher, diese Alternative hat der Kollege auf der Fahrt zur Fabrik nicht.

Die Regierung schiebt den Schwarzen Peter für die Preiserhöhung schon jetzt der Bundesbahnverwaltung zu. Sie könne eigenmächtig, ohne Genehmigung durch das Bundesverkehrsministerium, ihre Tarife jährlich um bis zu 20% erhöhen. Das ist nichts als Augenwischerei. Verkehrsminister Gscheidle erklärte erst im Juli in einem Rundfunkinterview, „überall dort, wo die Bundesbahn eine Chance habe, am Markt eine höhere Kostendeckung zu erreichen (sprich: höhere Preise zu fordern), sei sie aufgefordert, dies auch zu tun." Und noch deutlicher: Er erwartet, daß es bei der Bundesbahn zu jährlichen Preiserhöhungen kommt.

Der kapitalistische Staat zeigt hier, wie auch bei anderen staatlichen Betrieben, ob bei Elektrizitätswerken oder der Post, daß er in der Krise die Werktätigen noch schärfer ausplündern will.

Grußadresse des ZK der KPD/ML zum 33. Jahrestag der Befreiung Albaniens

An Genossen Enver Hoxha,
1. Sekretär des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens;
an Genossen Mehmet Shehu,
Vorsitzender des Staatsrates der Volksrepublik Albanien

Vor 33 Jahren siegte das albanische Volk im Befreiungskrieg und errichtete die Volksmacht. Anläßlich dieses Jahrestages übermitteln wir Ihnen, der ruhmreichen Partei der Arbeit und dem gesamten albanischen Volk unsere herzlichen, brüderlichen Kampfesgrüße.

Seit 33 Jahren entwickelt und festigt sich die Diktatur des Proletariats in Albanien, und nichts konnte oder kann den Vormarsch des Sozialismus in Albanien aufhalten. Weder die imperialistisch-revisionistische Einkreisung und Blockade, noch die Feinde des Sozialismus, gleich welcher Art, konnten der Partei der Arbeit Albaniens und dem gesamten albanischen Volk etwas anhaben. Im Gegenteil, in stählerner Einheit mit seiner Partei mit dem Genossen Enver Hoxha an der Spitze, ging das albanische Volk aus all diesen Kämpfen gestärkt hervor.

All diese Siege und die glänzenden Erfolge beim sozialistischen Aufbau errang das albanische Volk unter der korrekten und prinzipienfesten, marxistisch-leninistischen Führung der Partei der Arbeit Albaniens, an deren Spitze seit ihrer Gründung Genosse Enver Hoxha steht. Der VII. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens setzte einen weiteren Meilenstein beim Aufbau des Sozialismus und der Festigung der Diktatur des Proletariats. Er wies alle feindlichen Absichten der Imperialisten, Revisionisten und Reaktionäre zurück und festigte die Einheit zwischen der Partei und dem albanischen Volk. Die korrekten Lehren des VII. Parteitags sind aber auch gerade international für die Marxisten-Leninisten aller Länder von großer Bedeutung. Viele Werktätige Deutschlands sind begeistert von solchen hervorstechenden Merkmalen des sozialistischen Aufbaus wie, daß Albanien als einziges Land der Welt die Steuern vollständig abgeschafft, daß es mit dem Verhältnis 1:2 die geringsten Lohnunterschiede hat, daß es die fortschrittlichste Verfassung der Welt hat.

Für uns deutsche Kommunisten und das klassenbewußte deutsche Proletariat ist das Leuchtfeuer des Sozialismus in der ganzen Welt, Albanien, noch mehr zum Vorbild im Kampf gegen Imperialismus, Revisionismus und alle Reaktionäre für die Erringung unseres Kampfziels, des vereinigten, unabhängigen, sozialistischen Deutschlands, geworden.

Es lebe die Volksrepublik Albanien, das Leuchtfeuer des Sozialismus!

Es lebe die Partei der Arbeit Albaniens mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze!

Es lebe der Marxismus-Leninismus!

Es lebe der proletarische Internationalismus!

Zentralkomitee der KPD/ML
i. A. Ernst Aust

Kurz berichtet

KIEL

Am 11. November fand eine Veranstaltung zur Unterstützung der acht Angeklagten im Antifaschistenprozeß (der RM berichtet auf S. 7 darüber) statt. Es herrschte eine gute revolutionäre Stimmung. Zur Unterstützung der Genossen wurden 417 DM gesammelt. Die amerikanische Versteigerung eines von einer Genossin gestrickten Isländer-Pullovers brachte noch einmal 293 DM. Bei einem Arbeitertreff am 17. wurden über 100 DM für die angeklagten Genossen gesammelt.

ESSEN

Ungefähr 40 Freunde und Genossen kamen am 12. 11. zu einer Veranstaltung der Partei gegen die Verbotsanträge. Großes Interesse fand die Rede eines Genossen zum Kampf gegen diesen Angriff der Reaktion. Der AP-Trupp sang einige Lieder aus den Kämpfen des deutschen Volkes. Ein Höhepunkt des Abends war die Aufführung des Parteifilms „Rote Raketen". Es gab außerdem eine Ausstellung über den Kampf der Partei in Essen und einen Teil der RM-Ausstellung zu sehen.

GIESSEN

19 Freunde und Genossen kamen zu einem Stammtisch des KSB/ML am 17. 11., vier von ihnen zum ersten Mal. Das Thema: „Jugend und Erziehung im Sozialismus am Beispiel Albanien." Nach dem Dia-Vortrag, der dazu gezeigt wurde, entwickelte sich eine lebhafte Diskussion. Die Freunde, die zum ersten Mal auf einer Veranstaltung des KSB/ML waren, zeigten sich sehr beeindruckt vom Aufbau des Sozialismus in Albanien.

HAMBURG

Am 17. 11. veranstaltete der KSB/ML in einem Studentenwohnheim einen Diskussionsabend, dessen Ziel es war, die „Drei-Welten-Theorie" als revisionistische und konterrevolutionäre Theorie zu entlarven. Die Veranstaltung war ein Erfolg, der den Kampf des KSB/ML um die Gewinnung der fortschrittlichsten Studenten für die proletarische Revolution ein Stück vorangebracht hat.

WATTENSCHEID

Ungefähr 70 Freunde und Genossen kamen am 26. November zu einem Albanien-Abend der Partei in Wattenscheid. Darunter waren auch viele neue Gesichter. Nach einer kurzen Rede wurde ein Dia-Vortrag gezeigt, mit dem ein Genosse anschaulich über seine Albanienreise berichtete. Die Genossen hatten auch eine Ausstellung über das sozialistische Albanien aufgestellt, die viel Beachtung fand.



WITTEN

Mit diesem Plakat warb die Ortsgruppe der Partei für eine Veranstaltung, auf der lebhaft über die verschärfte Unterdrückung, vor allem in den Betrieben, und den Kampf dagegen diskutiert wurde.

Offen gesagt ...

Eine schöne Bescherung!

Weihnachten rückt näher. Pfaffen, Unternehmer und Politiker bereiten bereits ihre Ansprachen vor, mit denen sie uns — alle Jahre wieder — ans Herz legen werden, an diesem Fest der Versöhnung allen Haß zu begraben, unsere Feinde zu lieben und mit dem zufrieden zu sein, was ist. In diesen Chor der „Berufsweihnachtsmänner" haben sich in diesem Jahr auch die EG-Herren eingereiht. Mit einem besonderen Clou. „Weihnachtsbutter" heißt das Geschenk der EG an den Verbraucher. Das halbe Pfund Butter zu einem um 50 Pfg. ermäßigten Preis zwischen 1,49 DM und 1,79 DM in einer besonderen Verpackung mit der Aufschrift „Weihnachtsbutter". Gedacht ist diese Weihnachtsgabe der EG-Herren offenbar dazu, die Wogen der Empörung zu glätten, die gerade in der letzten Zeit immer heftiger gegen die mit Millionen- und Abermillionen Steuergeldern subventionierten Lebensmittelvernichtungsaktionen der EG aufbrandeten. Erreicht haben dürfte sie allerdings das Gegenteil.

Wer am Montag oder Dienstag letzter Woche in Lebensmittelgeschäfte oder die Lebensmittelabteilungen der großen Kaufhäuser ging, der traf auf aufgebrachte und wütende Hausfrauen. Viele hatten teilweise mehrere Stunden Schlange gestanden nach dem EG-Weihnachtsgeschenk. Einige, um als Lohn für das lange Warten mit einem halben Pfund Butter nach Hause gehen zu können, andere, um schließlich vor leeren Regalen zu stehen. In manchen, kleineren Geschäften schließlich war die vielgepriesene billige Butter überhaupt nicht zu haben. Der Grund für diesen nervenaufreibenden Kampf um ein bißchen Butter: Die EG-Herren hatten zwar einen großen Wirbel um ihren „Dienst am Verbraucher" veranstaltet, aber nur eine kleine Menge Butter zur Verfügung gestellt, nämlich 40.000 t, 400 Gramm für jeden Bundesbürger. (Wobei die tatsächlich verkaufte Menge noch erheblich niedriger sein dürfte, sogar die bürgerliche Presse munkelt inzwischen schon von Schiebereien mit der „Weihnachtsbutter".)

Aber das ist noch längst nicht alles. Die eigentliche Unverfrorenheit liegt darin, daß uns mit dieser verbilligten Weihnachtsbutter ein „Geschenk" präsentiert wird, das wir selbst bezahlen müssen! Mit unseren Steuergeldern nämlich, aus denen die EG-Monopole die 50 Pfg. pro halbes Pfund Butter bezahlt bekommen, die wir am Ladentisch für die EG-Weihnachtsbutter weniger bezahlen. Und noch auf andere Weise bezahlen wir für die EG-Weihnachtsbutter: Indem wir nämlich das ganze Jahr über so hohe Preise für die Butter bezahlen müssen, daß der größte Teil der Werktätigen sich keine Butter leisten kann und sie sich in den Kühlhäusern der EG stapelt. Preise, die die EG-Monopole uns aufzwingen können, weil der Staat ihnen die Butter, die sie zu diesen Wucherpreisen nicht loswerden, auf Kosten der steuerzahlenden Werktätigen abkauft bzw. lagert. Bisher wurde die Butter aus diesen sogenannten Interventionskäufen allerdings meistens exportiert — für 2,00 DM das Kilo (also 50 Pfg. pro halbes Pfund) mit einem staatlichen Zuschuß von 5,79 DM. So etwa Hunderttausende von Tonnen an die russischen Sozialimperialisten, die die (auf unsere Kosten) billig eingekaufte Butter für teures Geld weiterverkauften. Kommentiert das Kapitalistenblatt „Handelsblatt" zynisch: „So wird sich der Verbraucher über dieses kleine Weihnachtsgeschenk freuen und dankbar darüber sein, daß die Ware nicht zu einem vielleicht noch niedrigeren Preis auf seine Kosten ins Ausland abfließt.

„Kleines Weihnachtsgeschenk" von der EG? Eine schöne Bescherung, kann man da nur sagen.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 463. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231 / 433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Aufruf des ZK der KPD/ML

30. Januar - Kampftag gegen Reaktion und Faschismus

Der 30. Januar 1933 ist der schwärzeste Tag in der Geschichte unseres Volkes. Vor 35 Jahren ergriffen Hitler und die Nazi-Partei die Macht. Hinter ihnen standen als die wirklichen Herrscher des „Tausendjährigen Reiches" die Krupp, Thyssen und Siemens, das deutsche Finanzkapital. Sie hoben Hitler an die Macht, um ihre Herrschaft vor dem Ansturm der revolutionären Arbeiterbewegung zu retten. Die faschistische Terrordiktatur hat über unser Volk und über die Völker der Welt unsägliches Elend gebracht. Millionen wurden in den KZs hingemordet. Weil sie Kommunisten und Antifaschisten, weil sie Juden waren. Millionen und Abermillionen verbluteten auf den Schlachtfeldern des von Hitler-Deutschland angezettelten zweiten Weltkrieges für die Profite der Kohle- und Stahlkönige und der IG-Farben-Bosse.

Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!

Das hat sich das deutsche Volk 1945, als das braune Mordregime vor allem unter den Schlägen der von Stalin geführten Roten Armee zusammenbrach, geschworen. Und heute, 35 Jahre später? Heute ist Westdeutschland neben Spanien der reaktionärste Staat Westeuropas. Noch herrscht bei uns keine faschistische Diktatur wie in der DDR. Aber:

Bonn nimmt Kurs auf ein neues 33!

Offen und unverhüllt wird heute die faschistische Propaganda wiederbelebt. Bücher und Filme, die die Nazi-Verbrecher und ihr Regime verherrlichen, überschwemmen den Markt. Faschistische Massenmörder wie Kappler werden „heim ins Reich" geholt und unter den Schutz der Bundesregierung gestellt. Strauß und Dregger verbrüdern sich in aller Offenheit mit den faschistischen Mördern und Folterknechten in Argentinien, Chile und Südafrika. Die Bundesregierung und alle Bonner Parteien haben unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Terrorismus eine ungeheure Pogromhetze gegen Kommunisten, gegen die revolutionäre Bewegung, gegen alles, was links, fortschrittlich und antifaschistisch ist, entfesselt. In diesem Klima, unter dem Schutz und der Förderung durch den Bonner Staat tritt auch die Vielzahl alter und neuer faschistischer Organisationen immer frecher auf, während die Antifaschisten immer schärfer verfolgt werden. Hakenkreuzschmierereien und faschistische Hetzparolen beschmutzen unsere Städte.

Unter unseren Nachbarvölkern wachsen die Unruhe und die Empörung über diese Entwicklung in unserem Land. „Antideutsche Ausschreitungen", hetzt die Regierungspresse. Aber die Demonstrationen und Kundgebungen, die im Ausland gegen die Bundesregierung durchgeführt wurden und werden, sind nicht „antideutsch", sondern antifaschistisch. Sind die Sorgen unserer Nachbarvölker, die unter dem deutschen Faschismus schwer gelitten haben, etwa nicht berechtigt? Führt sich die Bundesregierung nicht als der Zuchtmeister Europas auf? Deutsche Polizisten sorgen auf den Flughäfen der Welt für „Sicherheit und Ordnung". Einst sollte am deutschen Wesen die Welt genesen. Heute soll den Völkern das „Modell Deutschland" aufgezwungen werden.

Das alles geschieht unter dem Deckmantel der parlamentarischen Demokratie. Kein Antifaschist darf sich dadurch täuschen lassen, daß die offen faschistischen Organisationen relativ klein und unbedeutend sind. Die Hauptgefahr für die Wiedererrichtung des Faschismus geht vom Staatsapparat selbst aus. Die Notstandsgesetze, die die gesetzliche Grundlage für die Errichtung einer faschistischen Diktatur liefern, wurden nicht für die Schublade gemacht.

Schluß mit der faschistischen Propaganda und Pogromhetze!

Weg mit den Notstandsgesetzen!

„Auf der Flucht erschossen" hieß es damals. Heute wird nicht viel anders gelogen. Über 500 Menschen hat die Polizei in den letzten Jahren erschossen und erschlagen. Ein großer Teil von ihnen war völlig unbewaffnet und wurde aus nächster Nähe abgeknallt. Aber wer hier von Mord spricht, hat morgen seine Anklageschrift. „Notwehr" heißt die offizielle Sprachregelung. Das geplante Todesschußgesetz soll auch die letzten gesetzlichen Hindernisse aus dem Schußfeld räumen. Polizei, Grenzschutz, Bundeswehr werden mit zig Milliarden immer weiter zu Bürgerkriegstruppen aufgerüstet. Die Sonderkommandos des Bundesgrenzschutzes und die Mobilen Einsatzkommandos (MEK), diese auf Todesschuß gedrillten Killer-Kommandos, sind dafür nur der klarste Ausdruck. Verkehrskontrolle mit vorgehaltener Maschinenpistole — das ist inzwischen Autofahreralltag. Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmungen, Festnahmen — das erledigt die Polizei heute auch ohne richterlichen Beschluß. Täglich erleben wir heute den Polizeistaat in Aktion.

Kampf dem Polizeiterror!

Weg mit dem geplanten Todesschußgesetz!

Auflösung der Sonderkommandos des Bundesgrenzschutzes und der MEKs!

Kommunisten, Revolutionäre, Antifaschisten werden wieder wegen ihrer politischen Überzeugung verfolgt. Ein Flugblatt, in dem der Polizeiterror angeprangert und zum Kampf dagegen aufgerufen wird, reicht vor einem der vielerorts eingerichteten politischen Sondergerichte allemal für eine monatelange Haftstrafe. Rechtsanwälte, die angeklagte Kommunisten und Revolutionäre verteidigen, stehen praktisch schon mit einem Bein im Gefängnis. Die Rechte der Verteidiger in politischen Prozessen werden immer weiter eingeschränkt. Verteidigerüberwachung und Kontaktsperregesetz machen eine Verteidigung politischer Gefangener nahezu unmöglich. Wie weit man hierzulande schon wieder ist, zeigt der Tod von Gudrun Ensslin, Andreas Baader und Jan-Carl Raspe. „Schmidts Endlösung", schrieb die ausländische Presse. „Selbstmord" ist die offizielle Sprachregelung.

Auflösung der politischen Sondergerichte!

Weg mit dem Kontaktsperregesetz!

Kampf der Einschränkung der Verteidigerrechte und der Kriminalisierung fortschrittlicher Rechtsanwälte!

Zu alledem findet sich in der bürgerlichen Presse kaum noch ein kritisches Wort. Funk und Fernsehen, alle größeren Zeitungen und Illustrierten sind in diesen Fragen praktisch gleichgeschaltet. Kritische Redakteure und Journalisten müssen sich den Mund verbieten lassen, oder sie können ihren Hut nehmen. Gegen demokratische und antifaschistische Schriftsteller läuft eine niederträchtige, systematische Hetzkampagne. Unter dem Stichwort „Sympathisanten" soll jeder, der sich dem Bonner Kurs auf ein neues 33 entgegenstellt, mundtot gemacht werden. Die Berufsverbote gegen revolutionäre, antifaschistische und kommunistische Lehrer und andere Beschäftigte des öffentlichen Dienstes sind nicht nur bei uns, sondern weltweit zum Symbol für das Wiederaufkommen des Faschismus in Westdeutschland geworden.

Kampf der fortschreitenden Gleichschaltung von Presse, Funk und Fernsehen!

Schluß mit der Hetze gegen demokratische und antifaschistische Schriftsteller!

Für Presse- und Meinungsfreiheit!

Weg mit den Berufsverboten!

Diese Flut reaktionärer faschistischer Maßnahmen richtet sich nicht vor allem gegen eine Handvoll kleinbürgerlicher Revolutionäre, die die Herrschaft der Bourgeoisie und ihres Staates gar nicht ernsthaft gefährden können. Sie richtet sich gegen die Arbeiterklasse und die Werktätigen. Wie 1933 will die Bourgeoisie auch heute durch die Errichtung des Faschismus vor allem die revolutionäre Arbeiterbewegung und die Organisationen der Arbeiterklasse zerschlagen. Deshalb das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz, das der Arbeiterklasse den konsequenten Kampf für ihre Interessen gegen die Unternehmer verbietet. Deshalb schon heute die Polizeieinsätze in den Betrieben, die politischen Entlassungen und Gewerkschaftsausschlüsse gegen Kommunisten und andere klassenkämpferische Arbeiter. Deshalb die Illegalisierung spontaner Streiks. Deshalb wird das KPD-Verbot nicht aufgehoben. Deshalb die Verbotsdrohungen gegen die KPD/ML und andere Organisationen.

Weg mit dem Betriebsverfassungsgesetz!

Volle Durchsetzung des Streikrechts!

Freie politische und gewerkschaftliche Betätigung!

Weg mit dem KPD-Verbot! Weg mit den Verbotsdrohungen gegen die KPD/ML und andere Organisationen!

Organisationsfreiheit für die Arbeiterklasse und alle Werktätigen!

Arbeiter, Werktätige, Antifaschisten!

Ein neues 33 darf es nicht geben! Das Zentralkomitee der KPD/ML ruft Euch auf, den 30. Januar, den 35. Jahrestag der Machtergreifung Hitlers, zum Kampftag gegen Reaktion und Faschismus zu machen. Demonstriert am 30. Januar Eure Entschlossenheit, Reaktion und Faschismus niederzuschlagen, ein neues 33 zu verhindern!

Tod dem Faschismus!

Schmidt in Polen

Verhöhnung der Opfer des Nazi-Terrors

Am 1. September 1939 rissen die Soldaten der Hitler-Wehrmacht die Schranken an der deutsch-polnischen Grenze nieder: der Auftakt des barbarischen Überfalls der Faschisten auf Polen, der Auftakt zu einem Morden ohnegleichen in der Geschichte der Menschheit, der Auftakt zum Massenvernichtungslager Auschwitz, in dem mit der gleichen kalten Präzision Millionen Menschen ermordet, wie in den Kruppschen Betrieben Granaten gedreht wurden, der Auftakt zu einem Inferno der Vernichtung, an dessen Ende das Auslöschen der Hauptstadt Warschau stand.

Und in demselben Warschau erklangen in der letzten Woche die Töne des Deutschlandliedes, der Revanchisten-Hymne: „Von der Maas bis an die Memel." Der ehemalige Frontoffizier Helmut Schmidt und neben ihm der polnische Revisionistenchef Gierek standen stramm. Sie salutierten gemeinsam vor einer Hymne, in der das Großdeutsche Reich beschworen wird, dieses Reich, ganz Polen umfassend bis hin zum russischen Sowjesk an der Memel, dieses Reich, das bis heute der Traum der Krupp und Thyssen geblieben ist.

Freundschaft und Entspannung, ausgerechnet unter diesem Motto lief der Besuch des Bonner Kanzlers bei den polnischen Revisionisten. Aber Gierek und sein Anhang hatten nicht einmal den Mut, das Volk teilhaben zu lassen an ihrem Staatsempfang für Schmidt. Als auf dem Warschauer Flughafen das Deutschlandlied erklang, wurde bei Radio und Fernsehen der Ton ausgeschaltet. Zu offensichtlich wäre sonst auch von vornherein gewesen, worum es hier ging.

Hier kam anmaßend und gönnerhaft, die Rolle des reichen Onkels aus dem Westen spielend, der Chef eines Staates, der offiziell den Titel des „Rechtsnachfolgers" der Nazi-Diktatur trägt. Kaltschnäuzig verhöhnte Schmidt die Opfer des faschistischen Terrors, indem er ihre Mörder freisprach. Ausgerechnet in Auschwitz erklärte er zu den Verbrechen des Nazi-Faschismus: „Wir heutigen Deutschen sind als Personen nicht schuldig."

Als er das sagte, standen neben dem Ex-Wehrmachtsoffizier Schmidt der Bankier Schreiber, einer der Finanziers Hitlers, und Berthold Beitz, Generalmanager des Krupp-Konzerns, in dessen Betrieben einst unzählige polnische Fremdarbeiter zugrunde gingen. Und diese Herren, die anderen „heutigen Deutschen" an der Spitze der Konzerne und des Staates, sie alle sollen unschuldig sein an dem faschistischen Blutregime?

Mit keinem einzigen Wort traten Gierek und seine Kumpane dieser Aufführung Schmidts entgegen. Und sie hielten es nicht einmal eines Kommentars für würdig, als Bonner Politiker während des Schmidt-Besuchs lautstark daran erinnerten, daß nach dem westdeutschen Verfassungsstandpunkt die „zur Zeit unter polnischer Verwaltung stehenden Gebiete jenseits der Oder und Neiße nach wie vor Bestandteil des Deutschen Reiches" sind.

Das polnische Volk aber vergißt niemals die Verbrechen der Hitler-Faschisten, noch ist es gewillt, den unverhohlen revanchistischen Anspruch der Bonner Herren einfach zu „übersehen". Mit den Sorgen dieses Volkes hat die Gierek-Clique nicht das geringste gemein. Warum stehen denn ihre Vertreter stramm vor der Revanchisten-Hymne, warum lecken sie dem Chef des Bonner Staates die Stiefel? Um Geschäfte geht es ihnen, um die Hoffnung auf neue Kredite, neue Wirtschaftsabkommen, die die Profite der neuen polnischen Bourgeoisie mehren sollen.



1939: Die Nazi-Wehrmacht überfällt Polen. „... von der Maas bis an die Memel"

Immer mehr verkauft die Gierek-Clique das Land nicht nur an die Kreml-Herren, sondern auch an die westlichen Finanzmagnaten und Konzernherren. Die Krise der kapitalistischen Wirtschaft in Polen nimmt immer schärfere Formen an. Und auf den Rücken der Werktätigen werden die Lasten dieser Krise abgewälzt. Durch den von Gierek betriebenen Ausverkauf des Landes an die östlichen wie westlichen Imperialisten hat sich die Versorgung der Bevölkerung mit den notwendigsten Lebensmitteln ständig verschlechtert. Und nach dem Willen der polnischen Bourgeoisie soll es so weitergehen. Wie sagte Gierek zu Schmidt? Ohne Auslandsdarlehen und Investitionen „gäbe es heute bedeutend schwierigere Probleme zu lösen". Also neue Kredite, noch mehr westliches Kapital nach Polen. Aber wessen Probleme werden denn dadurch gelöst? Die der Arbeiter und Bauern etwa?

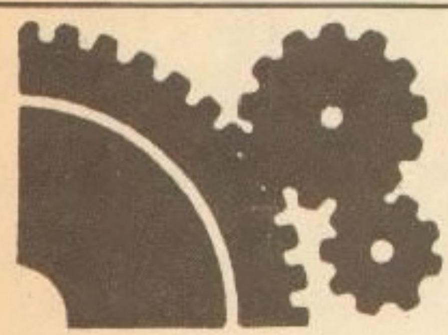
Sehen wir uns doch das Wirtschaftsprogramm an, mit dem Bonn die polnischen Probleme lösen will, Probleme, die für die westdeutschen Imperialisten in erster Linie darin bestehen, wie sie die Schulden der Gierek-Clique, die schon zu Milliardensummen aufgelaufen sind, eintreiben können. Schmidt schlug vor und Gierek stimmte ihm zu: verstärkte Unternehmenskooperation sowie Erweiterung der Zusammenarbeit auf dritten Märkten. Kooperation, das bedeutet Beteiligung westdeutscher Kapitalisten an den polnischen Betrieben, wo sie „das Gefälle zu den niedrigen polnischen Löhnen" ausnutzen können, wie es jetzt eine westdeutsche Zeitung schrieb. Heute schon gibt es über 150 solcher Kooperationsverträge. Und heute ist auch schon alltäglich geworden, daß polnische Arbeiter auf westdeutschen Baustellen schuften wie etwa beim Atomkraftwerk Esensham.

Und die Zusammenarbeit auf dritten Märkten? Das sind Geschäfte wie die Errichtung des Kraftwerks Tuncbilek in Libyen, die von der KWU und anderen westdeutschen Konzernen gemeinsam mit dem polnischen Unternehmen Elektrim betrieben wird. Aus der Bundesrepublik kommt das Kapital und das „know how", aus Polen kommen einige Anlagen und vor allem die billigen qualifizierten Arbeitskräfte. Die westdeutschen Konzerne stecken den größten Teil des Profits ein, aber für die polnischen Kapitalisten fällt auch noch genug ab.

Von dieser Art ist die Zusammenarbeit zwischen Bonn und Warschau, die jetzt weiter vertieft werden soll. Mag sie noch so sehr als Aussöhnung oder „Beitrag zur Entspannung" umgefälscht werden, sie ist doch nur eine Geschäftemacherei unter Ausbeutern, bei der die Bonner Imperialisten ihre stärkere Stellung ausnutzen, um ihren Einfluß in Polen zu stärken und dabei auch noch arrogant ihren „Rechtsanspruch" auf die polnischen Ostgebiete anzumelden. Es ist ein Geschäft, das hauptsächlich zu Lasten der polnischen Werktätigen geht.

Aber es ist bekannt, daß sich die polnischen Arbeiter solche Lasten nicht widerspruchslos aufbürden lassen. Trotz des sozialfaschistischen Terrors der Gierek-Clique und der russischen Besatzer haben sie sich immer wieder zu militanten Massenkämpfen erhoben. Diese Kämpfe werden immer die Sympathien und die Unterstützung der deutschen Werktätigen haben.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

Berufsverbot in Uni-Kliniken

Ich bin MTA (Medizinisch-technische Assistentin) und bekomme aus politischen Gründen bei den Universitätskliniken Kiel, die dem Land Schleswig-Holstein unterstehen, keine Arbeit. Ich will euch kurz berichten, wie es mir ergangen ist:

Ich hatte mich vor etwa vier Monaten bei der Hauptverwaltung der Unikliniken und zugleich bei verschiedenen Ärzten, wo ich wußte, daß Stellen frei waren, beworben. Von den Ärzten wurde ich mit den Begründungen: „Tut uns leid, wir haben eine erfahrenere Kraft gefunden" und „Wir haben durch Umstellung erreicht, daß wir keine neue brauchen" abgelehnt, obwohl sie vorher dringend jemand für die Stellen gesucht hatten. Von der Hauptverwaltung bekam ich einen Brief: Sie hätten zu dem von mir gewünschten Zeitpunkt keine Stelle frei. Zur selben Zeit wurden aber acht meiner Schulkameradinnen, mit denen ich zusammen gelernt hatte, das sind alle, die sich außer mir beim Klinikum beworben hatten, eingestellt.

Danach hörte ich wieder von zwei freien Stellen. Der verantwortliche Arzt wollte meine Freundin und mich einstellen. Er hatte mich wegen meines guten Zeugnisses und aufgrund des persönlichen Eindrucks ausgesucht. Von der Verwaltung bekam der Arzt zu hören, er dürfe nicht einfach einstellen, wen er wolle, wir müßten erst vom Verfassungsschutz überprüft werden. Danach erfuhr er dann, daß meine Freundin eingestellt werden dürfe, ich aber nicht. Denn ich, hieß es, hätte schon Bescheid bekommen, daß ich nicht im Landesdienst arbeiten dürfe. Als ich den Verwaltungsbeamten fragte, warum ich nicht eingestellt werden dürfe, sagte er mir, das müßte ich doch selbst am besten wissen. Es hinge mit meiner politischen Gesinnung zusammen. Die Kollegen, die das mitbekamen, waren empört. Viele erzählten von Lehrern, die wegen irgendeiner Lappalie Berufsverbot bekamen, z.B. weil der Bruder auf einer Demonstration gesehen worden sei. Es wurde auch von einem Arzt erzählt, der zunächst nicht eingestellt werden sollte, weil er vor etlichen Jahren eine Unterschriftenliste unterschrieben hatte. Er wurde nur aufgrund der Unterstützung durch seinen Professor dann doch eingestellt. Eine Kollegin sagte, daß sie es besonders ungerecht fände, daß so viele verfolgt würden, weil ja die Kommunisten noch nicht einmal verboten wären. Alle waren empört darüber, daß ich solange hingehalten worden war und mir bisher niemand den richtigen Grund für meine Nichteinstellung gesagt hatte. Alle meinten, ich dürfe mir das auf keinen Fall bieten lassen, sondern müßte alles tun, um zu erfahren, was sie mir vorzuwerfen hätten.

Das tat ich dann auch. Der nächsthöhere Verwaltungsangestellte durfte mir keine Auskunft geben. Er versuchte mich mit der allgemeinen Stellenknappheit abzuwimmeln. Bei der leitenden Verwaltungsangestellten dasselbe. Erst beim Verwaltungsdirektor, bei dem ich mich Tage vorher zu einem Gespräch anmelden mußte, erfuhr ich, was ich wissen wollte. Der Grund für mein Einstellungsverbot war, daß man mir vorwarf, ich sei aktiv für die KPD/ML und hätte unter anderem auch an der Großveranstaltung der KPD/ML in Ludwigshafen zum Abschluß des III. Parteitages teilgenommen.

Viele, mit denen ich bisher über dieses Einstellungsverbot gesprochen habe, sind empört darüber, daß man sogar als medizinische Hilfskraft praktisch Berufsverbot bekommt (die Stellen im öffentlichen Dienst machen ja den weitaus größten Teil der Stellen in meinem Beruf aus), wenn die berüchtigten „Zweifel an der Verfassungstreue" bestehen.

Eine Genossin aus Kiel

Kalkulierter Mord unter Tage

Liebe Genossen,

vor zwei Wochen war ich auf einem Maschinenlehrgang der Ruhrkohle AG. Wir unterhielten uns über das Grubenunglück in Herten und über die tagtäglichen Schweinereien, die Untertage passieren. Da erzählt unser Ausbilder folgendes, was sich auf einer Zeche im Ruhrgebiet abspielte:

Um den CO-2-Gehalt der Wetter unter Tage zu messen, hängen in den Strecken Co-2-Meßgeräte. Wird auf der Meßskala nun ein CO-2-Wert von 1% erreicht, schlägt das Gerät in der Grubenwarte Alarm, und das betreffende Revier muß gestundet werden. Für die Zechenbarone bedeutet dies natürlich einen empfindlichen Verlust. Aber sie haben ja noch ihre Handlanger und Lakaien, die Steiger! Diese gingen nun hin, wenn sie wußten, daß ihr Revier kurz vor einem Wert von 1% Co 2 lag, und drehten auf der Skala den Meßwert herunter, um zu verhindern, daß das Gerät Alarm schlagen kann.

Als wir das hörten, war die Empörung unbeschreiblich. „Wenn wir so ein Schwein erwischen würden" — meinten die Kollegen — „den würden wir auf der Stelle totschlagen!"

Es ist tatsächlich so, daß die Kapitalisten vor nichts zurückschrecken. Auch nicht vor einem einkalkulierten Mord an Hunderten von Kollegen — Hauptsache der Profit stimmt!

Rot Front! Ein Zechengenosse

Blutiges Konto der Kapitalisten

Dienstag, den 25. Oktober, Mittagsschicht bei Buderus: Im Putzhaus sind die Kollegen gerade eine halbe Stunde vom Frühstück zurück. Da rutscht ein tonnenschweres Werkstück von einem Kran ab, kippt um, begräbt einen Kollegen unter sich. Ein Arm und ein Bein sind zerquetscht — ein Wunder, daß er überhaupt lebt.

Es ist noch kein Jahr her, als dort ein Kollege von einem herabfallenden Gußring erschlagen wurde! Natürlich wird die Geschäftsleitung nicht faul sein, wenn es darum geht, „Erklärungen" für diesen erneuten schweren Unfall zu finden. Sie laufen aber immer nur darauf hinaus, uns Arbeitern selbst die Schuld in die Schuhe zu schieben.

Aber die Kollegen werden unbeirrt jeden Unfall dem Konto der Kapitalisten anrechnen. Wie dieses blutige Konto wächst, zeigt ein Blick auf die Statistik:

- alle 13 Sekunden ein meldepflichtiger Unfall
- alle 7 Minuten ein Kollege verkrüppelt,
- alle 2 Stunden ein Toter am Arbeitsplatz oder auf dem Weg zur Arbeit!

Ist es da nicht ein Hohn, wenn man am selben Tag von der Schicht kommt, und die Flaggen hängen auf Halbmast für Schleyer, einen der hohen Vertreter dieser Kapitalisten? Und auf der Frühschicht wurde um 10.30 Uhr sogar für drei Minuten Trauer befohlen! Die können uns mal...

Rot Front! Ein Genosse aus Wetzlar

Metalltarifrunde

Unternehmer drohen mit Aussperrung

Noch hat unter den Belegschaften der Metallverarbeitenden Industrie die Diskussion über die Forderungen in der anstehenden Tarifrunde kaum begonnen. Aber die Kapitalisten trommeln mit Hilfe der Massenmedien bereits lautstark für den weiteren Abbau der Reallöhne. Daß in den vergangenen Monaten durch Rationalisierung, gesteigerte Arbeitshetze, Abbau außertariflicher Leistungen usw. die Ausbeutung in den Betrieben massiv verschärft wurde, reicht den Profithaien noch nicht. Die Arbeiter und kleinen Angestellten sollen den Gürtel noch enger schnallen. Neben der bekannten zynischen Drohung, daß Lohnerhöhungen noch mehr Arbeitslosigkeit nach sich ziehen würden, haben die Metallkapitalisten jetzt eine unverfrorene Einschüchterungskampagne gestartet. In einem angeblich „internen" Rundschreiben drohen sie, auch schon bei kleineren Streiks rücksichtslos mit Aussperrung zu reagieren.

Die Kollegen in den Betrieben waren empört über diese unverschämte Provokation der Kapitalisten. Aber was tat der IGM-Apparat? Hat er diesen Versuch, die Belegschaften einzuschüchtern, gekontert? Keineswegs. Er selbst verbreitete den Inhalt des Rundschreibens des Kapitalistenverbands unter den Arbeitern. Jedoch nicht, um die Kampfentschlossenheit der Belegschaften zu stärken, sondern umgekehrt: um selbst den Einschüchterungsversuch zu unterstützen. So gaben die IGM-Bonzen klagende Kommentare ab, wie „uneinsichtig" die Unternehmer doch seien, sie wollten gar mit aller Gewalt einen Streik provozieren.

Was soll denn das heißen? Wollen uns die IGM-Bonzen weismachen, die Maxime der Arbeiter müsse es sein, nur ja einen Streik zu vermeiden? Ist der Streik etwa nicht ein Ausdruck der Stärke der Arbeiter, ist er nicht unser Kampfmittel gegen die Angriffe des Kapitals und für die Durchsetzung höherer Löhne und besserer Arbeitsbedingungen? Die IGM-Bonzen tun ja gerade so, als wollten die Kapitalisten die Arbeiter zu Streiks „aufwiegeln", als würden die Kapitalisten den Kampf der Arbeiterklasse nicht fürchten und als wären die Arbeiter und kleinen Angestellten eine manipulierbare Masse.

Eine alte Losung der Arbeiterbewegung lautet: „Alle Räder stehen still, wenn unser starker Arm es will!" Diese Parole hassen die Kapitalisten und die DGB-Bonzen, weil sie vom Standpunkt des proletarischen Klassenkampfes ausgeht. Mit der unverschämten Aussperrungsdrohung hoffen sie jetzt, die Kampfbereitschaft der Metallarbeiter brechen zu können. Aber die Kollegen lassen sich damit nicht einschüchtern. So haben sich z. B. auch die Druckereiarbeiter im Mai '76 durch die brutale Aussperrung nicht zur Kapitulation zwingen lassen, sondern haben ihren Kampf noch verstärkt und den Streik ausgeweitet.

Weil sie sich sehr wohl vor dem Kampf der Arbeiterklasse fürchten, verbreiten die Kapitalisten und der DGB-Apparat das Märchen vom „Interessenausgleich" und vom „sozialen Frieden". Allerdings mit immer weniger Erfolg. Denn angesichts der rücksichtslosen Verschärfung der Ausbeutung und Unterdrückung, angesichts der Verschlechterung unserer Lebenslage, erweisen sich diese Parolen immer klarer als bürgerliche Lügen, mit denen die Arbeiterklasse gegenüber den Angriffen der Ausbeuter entwaffnet werden soll. So hat der DGB-Apparat zusehends größere Schwierigkeiten, die Kämpfe in den Betrieben abzuwiegeln bzw. konsequente Kämpfe zu verhindern.

In einem Interview, das IGM-Boss Loderer vor kurzem der „Bild"-Zeitung gab, antwortete er auf die Frage, „Werden Sie bei den Lohn- und Gehaltsforderungen in der Metallindustrie maßvoll sein?": „Die IG Metall hat immer Augenmaß bewiesen. Sie wird es auch diesmal tun." Da ist etwas Wahres dran! Hat doch der IGM-Apparat stets die Lohnforderungen, die von den Arbeitern selbst kamen, vom Tisch gewischt und sich bemüht, den Arbeitern die Lohnleitlinien der Bonner Regierung aufzuzwingen. Das wird ihm diesmal allerdings nicht so leicht gelingen. Denn unter den Kollegen wächst die Unruhe und der Wille zum Kampf gegen den weiteren Abbau ihrer Reallöhne. Daran ändern auch die Einschüchterungsversuche der Kapitalisten und ihrer Handlanger nichts.

Zechenstillegung in Herne

Fortsetzung von Seite 1

Je höher die Tonnenleistung, desto höher die Stillegungsprämie, die sie sich am Ende des Jahres einstecken können.

Für die Kollegen ist die Stillegung der Zeche dagegen mit einer drastischen Senkung ihres Lebensstandards verbunden. Neunhundert von ihnen werden von den Kapitalisten auf die Straße geworfen, gehen „vorzeitig in Rente", wie das genannt wird. Kollegen im Alter von 54 oder 55 Jahren sind davon schon betroffen. Sie werden im Höchstfall mit einer einmaligen Abfindung von 4.000 DM abgespeist. Danach müssen sie ihr Leben lang mit einer niedrigeren Rente auskommen. Die anderen Kumpel werden verlegt. Jeder weiß, was das bedeutet. Lange Anfahrtswege zum neuen Arbeitsplatz. Keine Garantie dafür, daß diese Zeche nicht auch dichtgemacht wird (Ewald und Blumenthal, auf die die Kumpel von Friedrich dem Großen verlegt werden, stehen schon auf der Stillegungsliste der RAG). Auf jeden Fall einen geringeren Lohn als vorher.

Laut Sozialplan werden die Kumpels von Friedrich dem Großen außerdem noch zusätzlich um ihr Geld betrogen. Das dort festgesetzte Überbrückungsgeld bei der Verlegung auf eine andere Zeche, wird nach den letzten zweieinhalb Nettomonatslöhnen berechnet. Daß die möglichst niedrig sind, dafür haben die Kapitalisten schon gesorgt: Ab 1. Januar 1978 wird die Produktion drastisch gedrosselt, Kurzarbeit ist nicht auszuschließen.

Die Ruhrkohlekapitalisten werden also noch mit der Stillegung ihr Geschäft machen. Die Kumpels dagegen sehen sich betrogen. Auf sie kommen schwere Belastungen zu. Für sie und ihre Familien wird es in Zukunft heißen, den Gürtel noch enger zu schnallen als bisher.

Weihnachtsgeld

Unverschämter Lohnsteuer-Raub

Alle Jahre wieder — gibt es Weihnachtsgeld. Und alle Jahre wieder gibt es auch den Ärger ums Weihnachtsgeld. Das Weihnachtsgeld braucht jede Arbeiterfamilie dringend. Die Feiertage kosten Geld. Die Geschenke kosten Geld. Jedes Jahr sind die Preise wieder saftig gestiegen. Und mit dem Lohn kommt man ohnedies bestenfalls gerade noch mit knapper Not über die Runden. Da bleibt normalerweise nichts über.

Viele Arbeiter und kleine Angestellte erhalten trotzdem nur ein jämmerlich niedriges Weihnachtsgeld, zwei bis dreihundert Mark oder noch weniger. Und nicht selten versuchen sich die Kapitalisten auch hier noch zu bereichern, indem sie tariflich nicht abgesichertes Weihnachtsgeld streichen oder indem sie durch irgendwelche Tricks die Kollegen um einen Teil des ihnen zustehenden Betrages betrügen.

Davon aber einmal abgesehen — auf jeden Fall wird man beim Weihnachtsgeld in unverschämter Weise vom Staat beraubt. Die Lohnsteuer, die das Finanzamt vom Weihnachtsgeld kassiert, wird nämlich derart berechnet, daß man dabei voll in die Steuerprogression hineinrutscht. Die Folge ist, daß man auf das Weihnachtsgeld praktisch doppelt soviel Lohnsteuer oder mehr bezahlen muß, als auf einen entsprechenden Betrag beim normalen Lohn. Wenn z. B. ein Arbeiter mit Lohnsteuerklasse 3/1 mit einem Bruttoeinkommen von 2.000 Mark im Monat 1.500 Mark brutto an Weihnachtsgeld zu beanspruchen hat, werden ihm davon allein schon 210 Mark an Lohnsteuer abgezogen.

Dazu kommen noch Sozialabgaben und gegebenenfalls Kirchensteuer, so daß ihm unterm Strich nicht viel mehr als 1.100 Mark bleiben. Und das trotz des in diesem Jahr ausnahmsweise von 100 auf 400 Mark erhöhten steuerfreien Anteils am Weihnachtsgeld, um den die Regierung so viel Wind gemacht hat. Würden hingegen die 1.500 Mark nur wie ein gewöhnliches Monatseinkommen besteuert, dann würde der Abzug an Lohnsteuer nur bei 137 Mark liegen. Dabei ist jedoch der Freibetrag von 400 Mark noch gar nicht berücksichtigt. Bezieht man ihn mit ein, geht man also nur von einem zu versteuernden Betrag von 1.100 Mark aus, dann würden sogar nur 37 Mark an Lohnsteuerabzug herauskommen, vorausgesetzt, diese 1.100 Mark würden steuerlich wie ein gewöhnliches Monatseinkommen behandelt.

Es zeigt sich hier also, wie unverschämt der Staat den Arbeitern beim Weihnachtsgeld in die Taschen greift. Je nach Höhe des Weihnachtsgeldes sind es einschließlich der Sozialabgaben oft 300 Mark oder mehr, bei einem relativ hohen Weihnachtsgeld können es sogar über 1.000 Mark sein, die einem wieder gestohlen werden. Und das wie gesagt, obwohl der Weihnachtsgeld-Freibetrag dieses Jahr einmalig von 100 auf 400 Mark erhöht wurde! Durch den erhöhten Freibetrag spart ein lediger Arbeiter ca. 50 Mark, ein verheirateter Kollege ungefähr 100 Mark. Um diese Beträge wurde ein großes Geschrei gemacht, wie großzügig die Regierung doch gegenüber den Arbeitern sei. Darüber, wie unverschämt hoch trotzdem noch die Abzüge sind, wurde natürlich kein Wort verloren. Wenn man dazu noch bedenkt, daß im nächsten Jahr die Fernsehgebühren, die Nahverkehrs- und Bundesbahntarife, die Stromkosten und noch andere Tarife für öffentliche Dienstleistungen stark erhöht werden, wird klar, wie es um die angebliche Großzügigkeit dieses „Sozialstaates" den Werktätigen gegenüber bestellt ist. Es ist die „Großzügigkeit" des skrupellosen Räubers, der dir mit der einen Hand eine Kleinigkeit gibt, um dir gleichzeitig mit der anderen Hand ein Vielfaches davon aus der Tasche zu ziehen.

Hagen/Dortmund

Massenentlassungen in der Stahlindustrie

Die Hoeschkapitalisten wollen in den nächsten zwei Jahren über 3.000 Arbeiter und kleine Angestellte auf die Straße werfen. Fast 2.000 davon allein in den Dortmunder Hüttenwerken. Und in Hagen-Haspe haben die Klöcknerkapitalisten die Entlassung von 400 Kollegen beschlossen. Rücksichtslos versuchen die Stahlkapitalisten die Lasten der Krise auf den Rücken der Arbeiter und kleinen Angestellten abzuwälzen, um ihre Profite, bei einer Kapazitätsauslastung der Betriebe von nur knapp 70 Prozent zu halten und womöglich noch zu steigern.

Was aus den Arbeitern und kleinen Angestellten wird, ist den Stahlkapitalisten dabei völlig egal. So besteht z. B. in Hagen für die 400 von der Entlassung betroffenen Kollegen kaum eine Aussicht, in der Stadt oder näheren Umgebung einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Systematisch sind hier in den letzten Jahren in den Stahlwerken fast alle Arbeitsplätze vernichtet worden, weil sie nicht mehr profitabel genug waren. Die Hasper Hütte existiert praktisch nicht mehr. Und auch die Stahlwerke Südwestfalen wurden im letzten Jahr dichtgemacht. Jahrelang waren die Kollegen in Hagen-Haspe von den Kapitalisten mit leeren Versprechungen getäuscht worden. Man hatte ihnen gesagt, ihre Arbeitsplätze seien jetzt sicher; man werde sich sogar bemühen, in Hagen neue Produktionsanlagen zu schaffen usw. usf. In Wirklichkeit sind dagegen in den letzten zehn Jahren Zug um Zug 4.000 Kollegen „abgebaut" d. h. entlassen worden.

Und gerade diejenigen, die jetzt am lautesten Empörung über die Maßnahmen der Klöckner-Kapitalisten heucheln, der IG-Metall-Apparat, hat die Kollegen immer wieder beruhigt, um sie von Kampfmaßnahmen abzuhalten. Oder wußten die Aufsichtsräte der IGM etwa nichts über die Massenentlassungen? Natürlich wußten sie nicht nur davon, sondern haben sie auch mitbeschlossen.

Erst jetzt, angesichts der Empörung der Kollegen, sah sich der Betriebsrat gezwungen, eine Protestversammlung einzuberufen. Aber niemand sollte sich durch ihre Kampfparolen täuschen lassen. Ihre wirkliche Absicht versteckten sie in der Resolution, die sie den Stahlarbeitern auf der Protestversammlung vorlegten. Anstatt die klare und eindeutige Losung „Keine einzige Entlassung!" auszugeben, heißt es dort „diplomatisch", man erwarte die „Vorlage eines definitiven Ergebnisses". So wollen sich die Betriebsräte offensichtlich alle Türen zu Mauscheleien und Verrätereien hinter dem Rücken der Kollegen offenhalten. Wenn sich die Arbeiter und kleinen Angestellten in ihrem Kampf auf den IG-Metall-Apparat verlassen, werden sie am Ende genauso betrogen sein, wie ihre Kollegen vor ihnen.

Auch bei Hoesch hat die Nachricht über die geplante Vernichtung von über 3.000 Arbeitsplätzen große Empörung ausgelöst. Erst vor einer Woche hatten hier auf allen drei Hütten Belegschaftsversammlungen stattgefunden, auf denen aber weder die Kapitalisten noch die anwesenden Funktionäre der IG Metall auch nur ein Wort darüber verloren. Diese Hinterhältigkeit und die zynischen Erklärungen des Arbeitsdirektors Hölkeskamp waren Tagesgespräch auf den Hütten. Unverfroren hatte Hölkeskamp den Arbeitern und kleinen Angestellten die Pistole auf die Brust gesetzt: Entweder ihr werdet entlassen oder ihr müßt bereit sein, jeden Tag von Dortmund nach Hamm oder Hohenlimburg zu fahren. Was er verschwieg und nur andeutete war, daß die Arbeitsplätze keineswegs „nur" durch Umsetzungen und „natürliche" Abgänge vernichtet werden sollen. Genauso wie in Hagen kommen auch in Dortmund Massenentlassungen auf die Kollegen zu.

Und da wagt es der erste Bevollmächtigte der IG Metall in Dortmund, Werner Dieterich, die Beschlüsse der Hoesch-Kapitalisten, den massiven Angriff auf die Kollegen, mit der zynischen Bemerkung zu kommentieren: „Das ist die humanste Art der Freisetzung". Damit ist bereits alles darüber gesagt, auf wessen Seite diese Herren stehen.

Die Losung der Kollegen muß sein: Keine einzige Entlassung! Im Kampf für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze stehen sie nicht nur den Kapitalisten, sondern auch deren Handlangern, dem Apparat der IG Metall, gegenüber.

Gegen Bettenstreichungen in Dortmund-Hörde

1000 Unterschriften für das Hüttenhospital

An die 100 Menschen versammelten sich am 23. 11. in einer Gaststätte in Dortmund-Hörde — Angestellte des Hüttenhospitals, Kollegen von Hoesch, Werktätige aus Hörde. Sie waren der Einladung einer Bürgerinitiative gefolgt, um durch ihren Einsatz zu verhindern, daß 128 Krankenhausbetten in Hörde gestrichen und Angestellte aus den Krankenhäusern entlassen werden.



Auf der Versammlung der Bürgerinitiative

Es geht um das Hüttenhospital, eines von drei Krankenhäusern in Hörde, die mit gegenwärtig rund 800 Betten für ca. 90.000 Menschen im Dortmunder Süden zur Verfügung stehen. Das Hüttenhospital gehört der Betriebskrankenkasse Hoesch. Es erhielt Zuschüsse von der Hoesch AG und vom Land NRW. Nun heißt es plötzlich, Hoesch habe kein Geld mehr für das Krankenhaus, auch das Land könne nicht mehr zahlen und die Betriebskrankenkasse allein könne das Krankenhaus nicht tragen. (Wozu man wissen muß, daß die Betriebskrankenkasse Hoesch im 1. Halbjahr dieses Jahres 2,4 Mio. DM Gewinn machte und für das zweite Halbjahr durch das Inkrafttreten des Kostendämpfungsgesetzes noch viel höhere Gewinne zu erwarten sind.) Ohne die Kollegen von Hoesch, von deren Beitragsgeldern die BKK schließlich finanziert wird, ohne die betroffene Bevölkerung auch nur zu informieren, hatte der Vorstand der BKK am 25. 10. einen sogenannten Grundlagenbeschluß gefaßt, daß das Hüttenhospital an den Träger eines anderen Krankenhauses in Hörde verpachtet werden soll. In Übereinkunft mit SPD-Arbeits- und Sozialminister Farthmann von NRW wurde beschlossen, die beiden Krankenhäuser zusammenzulegen, 128 Betten zu streichen und entsprechend Angestellte zu entlassen. Das besonders Empörende ist, daß der IGM-Apparat an diesem geplanten Angriff auf die Gesundheitsversorgung der Werktätigen aktiv beteiligt ist. Im Vorstand der BKK Hoesch, der den Beschluß über die Zusammenlegung der beiden Krankenhäuser faßte, sitzen die Betriebsratsvorsitzenden der drei großen Hoesch-Werke in Dortmund, sitzen der Arbeitsdirektor von Hoesch (Stimmenanteil 50%) und andere „Arbeitervertreter"!

Kein Wunder also, daß der IGM-Apparat nicht daran denkt, die Kollegen zum Widerstand gegen diese Pläne zu mobilisieren. Im Gegenteil. Zwei Vertreter der IGM, einer davon gleichzeitig im Vorstand der BKK, griffen am 23. 11. die Bürgerinitiative an, daß sie falsche Informationen verbreite, daß sie gegen etwas Sturm laufe, was noch gar nicht beschlossen sei usw. usf. Am selben Abend allerdings wurde auf einer Stadtteilversammlung der IGM ein Hoesch-Kollege, der eine Resolution für den Erhalt des Hüttenhospitals verabschieden lassen wollte, mit der Begründung abgewiesen, daß ja schon bereits alles abgeschlossen sei... Angesichts dieser Tatsachen ist es ganz offenkundig nichts als ein Manöver, wenn einige Tage zuvor auf einer Belegschaftsversammlung des Hoesch-Werkes Phönix die IGM eine Entschließung verabschieden ließ, daß das Hüttenhospital bei Hoesch bleiben müsse.

Wirklich verhindert werden kann der geplante Angriff auf die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung von Hörde nur, wenn die Betroffenen selber handeln. Und das wissen sie auch. Am 23. 11. hat sich die Bürgerinitiative erst zum zweiten Mal getroffen — mit doppelt so viel Teilnehmern wie beim ersten Mal eine Woche davor. In dieser Woche wurden rund 1.000 Unterschriften gesammelt und die Bevölkerung breit informiert. Der Kampf geht weiter.

Die Partei unterstützt diese überparteiliche Bürgerinitiative. Sie hat außerdem mit zwei Flugblättern im Stadtteil und mit einem Extrablatt der „Stählernen Faust" die Hoesch-Kollegen und die Werktätigen in Hörde aufgerufen, sich gegen die Zusammenlegung der Krankenhäuser, gegen die geplanten Bettenstreichungen und Entlassungen an den Krankenhäusern zur Wehr zu setzen.

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen

Sündenregister "unseres" Personalrats

Es ist wieder mal soweit: Anfang Dezember finden neue Personalratswahlen statt. Benutzen wir diesen Anlaß, um etwas Licht auf die Machenschaften derjenigen zu werfen, die vorgeben, unsere Interessenvertreter zu sein. Worte können sehr schön sein, aber letzten Endes entscheiden Taten! Also, was tat der Personalrat z. B., wenn Kündigungen anstanden?



Beispiel Nr. 1

Im Sommer 1976 wurde zwei Schülern fristlos gekündigt. Die *offizielle Begründung:* Sie wären zu oft verspätet zum Dienst erschienen. *Der wahre Hintergrund:* Es sollte ein Exempel statuiert werden, damit in der Schule wieder Ruhe einkehrt, die Schüler waren zu aufmüpfig!

Das Verhalten des Personalrats: Er stimmte der Kündigung zu, ohne die Schüler vorher angehört oder die Behauptungen überprüft zu haben! Daß die Kündigung völlig willkürlich war, erkennt man daran, daß die Verwaltung sie zurücknahm, als die Schüler Eigeninitiative entfalteten und unter anderem beim Arbeitsgericht klagten.

Ein Zufall, ein Versehen? Nun, sehen wir weiter:

Beispiel Nr. 2

Vor ca. einem halben Jahr geschah fast das gleiche. Wieder wurde einer Schülerin gekündigt, wieder stimmte der Personalrat zu, ohne sie anzuhören. Auch diesmal mußte die Schülerin weiterbeschäftigt werden, weil sie sich gegen die ungerechtfertigte Kündigung zur Wehr setzte.

Das wäre nun schon das zweite Versehen. (...)

Beispiel Nr. 4

Als neue Hebammenschülerinnen eingestellt wurden, lehnte der Personalrat vier von ihnen ab. Begründung: Sie hätten alle eine feste Stelle und sollen anderen nicht den Ausbildungsplatz wegnehmen. Das klingt ganz vernünftig. Doch was kam hinterher heraus? Ausgerechnet gegen die vier liegen beim Verfassungsschutz „Erkenntnisse" vor!

Beispiel Nr. 5

Als die Kollegin Gretel Grimm aus politischen Gründen nicht eingestellt werden sollte, verweigerte der Personalrat ihr jede Unterstützung und stimmte außerdem der Nichteinstellung zu! *Noch ein Versehen des Personalrats?*

Beispiel Nr. 6

Der Personalrat preist sich selbst immer damit, daß es sein Verdienst war, die Bestechungsaffäre um Lehmann und Rüggebrecht aufgedeckt zu haben.

Zur Erinnerung: Diese beiden Verbrecher hatten von ausländischen Dienstkräften Geld erpreßt mit der Drohung, sie zu entlassen oder ihren Zeitvertrag nicht zu verlängern. Aber Geld reichte ihnen nicht. Sie zwangen einige Kolleginnen dazu, mit ihnen ins Bett zu gehen.

Und was tat der Personalrat? Als er von den Erpressungen erfuhr, schwieg er zunächst. Er nahm erst Stellung, als die ganze Sache sowieso schon durchgesickert war. Praktisch aber hat der Personalrat den beraubten Kollegen überhaupt nicht geholfen, ihr Geld wiederzubekommen.

Wie verhielt er sich zu den Sparmaßnahmen?
Beispiel Nr. 7

Als im Neuköllner Krankenhaus 350 Unterschriften für eine Personalversammlung im örtlichen Bereich Rudower Straße gesammelt wurden, führte da der Personalrat diese Teilversammlung durch?

Und als auf der Personalversammlung aller drei Neuköllner Krankenhäuser wiederum die Forderung nach Teilversammlungen in jedem der drei Bereiche aufgestellt wurde, und der Personalrat dem auch zustimmte, führte er diese Teilversammlungen durch? Nein!

Diese Teilversammlungen wären nötig gewesen, damit an jedem Haus die konkreten Auswirkungen der Rationalisierungen diskutiert und Maßnahmen dagegen unternommen werden können. Diesen Schritt im Kampf gegen die Sparmaßnahmen hat der Personalrat *systematisch sabotiert!*

Ja, hat er denn überhaupt etwas gegen die Sparmaßnahmen unternommen, sich für unsere Interessen eingesetzt?

- Wenn zu wenig Küchenfrauen da sind, immer weniger Schwestern die Patienten versorgen müssen, wo ist dann der Personalrat, der sich danach erkundigt?
- Wo ist der Personalrat, der über die Stationen geht, nach den Mißständen fragt und gemeinsam mit den Kollegen den Kampf dagegen organisiert?
- Wo ist der Personalrat, der die Kollegen informiert, wieviel Betten und Stellen noch gestrichen werden?

Solch einen Personalrat gibt es nicht.

Und wenn es solch einen Personalrat gäbe? Dann müßte er damit rechnen, entlassen zu werden, weil er gegen das Personalvertretungsgesetz verstößt. Wenn er die Kollegen über geplante Krankenhaus- oder Stationsschließungen, Betten- und Stellenstreichungen, die geheimgehalten werden sollen, informiert, dann verstößt er gegen den Paragraphen der Schweigepflicht. Wenn er *mit* den Kollegen den Kampf dagegen organisiert, dann verstößt er gegen den Paragraphen der Friedenspflicht.

Aber so einen Personalrat brauchen wir!

Einen, der uns informiert, mit uns gemeinsam den Kampf aufnimmt, dem unsere Interessen mehr wert sind als ein Posten, der bereit ist, das Personalvertretungsgesetz zu brechen, wenn unsere Interessen es erfordern.

Um alle Personalratskandidaten zu prüfen, ob sie unsere Interessen auch in diesem Sinne vertreten wollen, brauchen wir noch vor den Personalratswahlen eine Personalversammlung. Dort müssen wir die Gelegenheit haben, jeden der Kandidaten zu befragen.

Rationalisierung auf dem Rücken unserer Putzfrauen



Auf dem Rücken der Putzfrauen wird die Rationalisierung im Krankenhaus vorangetrieben. Im Neubau wird die Arbeitshetze der Putzfrauen erheblich steigen.

Wie kommt denn das? — fragen vielleicht manche Kollegen. — Auf der Personalversammlung wurde gerade der großartige Sieg berichtet, daß es keine Fremdputzkolonnen geben wird.

Aber um welchen Preis?!

Zuerst bearbeiteten Stranz und Personalratsvorsitzender Schröder die Putzfrauen, doch nur halbtags zu arbeiten — und sie übten ganz schön Druck aus. Viele Kolleginnen können das nicht, sie brauchen das Geld. — Und sie sollen jetzt die ganze Mehrarbeit im Neubau machen. Und zwar mit täglich sieben Stunden an sechs Tagen in der Woche.

Das muß man sich mal klarmachen: Alle Kollegen im öffentlichen Dienst haben sich die 5-Tage-Woche erkämpft — und jetzt kommen Leute, die sich „Interessenvertreter" nennen, daher und verlangen die Wiedereinführung der 6-Tage-Woche!!

Natürlich fiel davon kein Wort auf der Personalversammlung. Durch Abspaltung der Putzfrauen auf Extra-Versammlungen wurde dafür gesorgt, daß sie nicht mehr zur Personalversammlung kamen. Auf diesen Extraversammlungen pries übrigens Schröder wie ein Hausierer die neuen Reinigungsgeräte, die als Arbeitsplätzewegrationalisierer angeschafft werden — und die nach einhelliger Meinung der Putzfrauen nicht halten, was Schröder verspricht (er wird ja die Arbeit nicht machen müssen).

Auch für die Putzfrauen muß es die 5-Tage-Woche geben! Wenn keine Fremdkolonnen kommen, so muß das heißen: Neueinstellung von Reinigungskräften. Schluß mit dem Rationalisierungsterror!

Solidaritätsadressen gegen den Verbotsantrag

Der Verbotsantrag der CDU gegen unsere Partei und die beiden anderen Organisationen hat unter den Werktätigen dieses Landes starke Empörung hervorgerufen. Noch immer treffen Grußadressen und Protestresolutionen von verschiedenen Gruppen, aber auch einzelnen Werktätigen bei uns ein.

Auch unsere Bruderparteien in den verschiedenen Ländern haben ihren entschiedenen Protest gegen den Verbotsantrag und ihre revolutionäre Verbundenheit mit der KPD/ML bekundet.

Solidaritätsadresse der KPI/ML

An das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands/ML
An Genossen Ernst Aust

Liebe Genossen,
das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Italiens/ML, das sich dieser Tage versammelt hat, um Probleme des Klassenkampfes auf nationaler und internationaler Ebene zu erörtern, hat davon erfahren, daß die Führung der „Christlich-demokratischen Union" in Deutschland den Antrag gestellt hat, die Tätigkeit Eurer Partei zu verbieten, den Verlag und die Druckereien zu schließen, jede revolutionäre Propaganda zu unterbinden. Das Zentralkomitee drückt seine volle kämpferische Solidarität mit Eurem Kampf aus.

Gegenüber den Angriffen der westdeutschen Reaktion, besonders der Nazis der führenden Gruppe der CDU, gegen die Bruderpartei in Deutschland hat das Zentralkomitee die Verpflichtung unserer Partei bekräftigt, gemeinsam mit Euch gegen den Faschismus, den Kapitalismus, den Imperialismus und Sozialimperialismus, den Chruschtschow-Revisionismus und gegen alle Opportunisten zu kämpfen.

Die jüngste gemeinsame Erklärung der fünf europäischen Bruderparteien hat die Einheit der internationalen kommunistischen (marxistisch-leninistischen) Bewegung gestärkt. Ebenso wie die Fortsetzung des Franquismus in Spanien unter der Maske gewisser formaler Änderungen, wie die reaktionären Manöver in Portugal, Griechenland und in Italien, sind die Angriffe der Reaktion gegen Eure Partei eine Bestätigung der richtigen Analyse unserer Bruderparteien, die gegen den Opportunismus der „Theorie der drei Welten" die Notwendigkeit unterstrichen haben, den Kampf gegen die beiden Supermächte mit dem Kampf gegen die innere Reaktion jedes Landes zu verbinden. Mit dieser richtigen Linie sind die Bruderparteien auf alles gefaßt und für jeden Fall gerüstet.

Liebe Genossen, unsere Partei wird den entschiedenen Kampf unterstützen, der vom Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands/ML, „Roter Morgen", so zusammengefaßt worden ist:

„Der Kommunismus läßt sich nicht verbieten! Kämpfen wir gegen die Versuche, die Partei zu verbieten!"

Kommunistische Grüße
Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Italiens/ML
Der Generalsekretär
Fosco Dinucci

Artikel von "Zëri i Popullit"

Mit tiefer Empörung und mit großem Zorn erfuhren die albanischen Kommunisten und das ganze albanische Volk, daß die westdeutsche Reaktion das Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten beantragt...

Dieses wütende faschistische Vorgehen der westdeutschen Reaktion kommt nicht von ungefähr. Der Verlauf der Geschehnisse in der Deutschen Bundesrepublik zeigt klar, daß sich dort die allseitige politische, ökonomische und gesellschaftliche Krise vertieft, die dieses kapitalistische Land wie überhaupt die ganze kapitalistische und revisionistische Welt in ihrem Würgegriff hält...

Im Rahmen dieser schwierigen Lage und der düsteren Aussichten für die Führung der herrschenden Bourgeoisie dieses Landes, müssen auch die inzwischen offenen Versuche angesehen werden, die KPD/ML zu verbieten. Sie tun das, weil sie Angst vor der Wahrheit haben, weil sie den gerechten revolutionären Kampf der deutschen Marxisten-Leninisten, der deutschen Arbeiterklasse und der breiten Massen der Werktätigen mit der KPD/ML an der Spitze fürchten. Der gerechte, mutige und entschlossene Kampf der KPD/ML gegen die kapitalistische Unterdrückung und Ausbeutung im Lande, gegen die reaktionäre Bourgeoisie, die Wiederbelebung des Nazifaschismus, gegen den westdeutschen revanchistischen Imperialismus und gleichzeitig gegen den amerikanischen Imperialismus und den sowjetischen Sozialimperialismus, gegen den Revisionismus und die Reaktion, für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland, findet immer mehr die breite Unterstützung der Arbeiterklasse und aller fortschrittlichen Kräfte Deutschlands in Ost und West. Gerade dieses wachsende Ansehen der KPD/ML und ihrer Sektion DDR, die vor eineinhalb Jahren gegründet wurde, die Erweiterung ihres revolutionären Kampfes und ihrer revolutionären Tätigkeit trieben die deutsche reaktionäre Bourgeoisie dazu, diesen offen faschistischen Angriff gegen diese kämpferische Partei zu unternehmen.

Dieses willkürliche Vorgehen der deutschen Bourgeoisie ist ein Beweis ihrer aggressiven und unterdrückerischen Natur, ein Beweis der Tatsache, daß sie den gefährlichen Weg der Vergangenheit eingeschlagen hat. Gerade so hatte auch Hitler seinerzeit angefangen. Die tragischen Folgen davon und das Schicksal des deutschen Nazifaschismus sind aber bekannt...

Der Antrag der westdeutschen Reaktion, die KPD/ML zu verbieten, ist ein klares Zeichen nicht nur der Faschisierung, sondern auch ihrer Schwäche und Angst angesichts des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse und der breiten Massen der Werktätigen Westdeutschlands...

Die albanischen Kommunisten und das ganze albanische Volk unter Führung der PAA mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze, das von ihr im Geist des proletarischen Internationalismus erzogen ist, protestieren energisch gegen den faschistischen Akt der westdeutschen Reaktion. Die albanischen Kommunisten und das albanische Volk bekunden erneut ihre internationalistische Solidarität und militante Einheit mit der KPD/ML, und sie fordern entschieden, daß von den faschistischen Angriffen gegen sie abgelassen wird. In diesen Augenblicken stehen wir an der Seite der deutschen Marxisten-Leninisten. Wir unterstützen mit allen Kräften ihren gerechten Kampf und bekunden unsere tiefe Überzeugung, daß es nichts gibt, was diese kämpferische Partei, die der Arbeiterklasse und den werktätigen Massen, dem Marxismus-Leninismus und der Sache der Revolution und des Sozialismus treu ist, beugen kann.

(*Auszüge nach einer Sendung von Radio Tirana*)

Weitere Protestresolutionen

Von verschiedenen Arbeitertreffs erreichten uns Protestresolutionen. Ein Bauhelfer aus Remscheid schrieb: „Als ich in den Nachrichten vom Verbotsantrag der CDU erfuhr, packte mich die kalte Wut, zugleich wußte ich aber, *das* hilft nicht weiter. Ich habe zuvor an keiner Veranstaltung der KPD/ML teilgenommen, aber hier gab es keine Frage. Also kurz: Ich fuhr zur Kundgebung in Bonn. Sie hat wirklich einen sehr starken Eindruck auf mich gemacht. Ich bin mit Sicherheit nicht das letzte Mal dabeigewesen." Die Ortsgruppe Münster des Deutschen Freidenker-Verbandes schrieb in ihrer Protestresolution: „Die herrschende Klasse fürchtet die Verbreitung des Marxismus, des Materialismus als der Wissenschaft der Arbeiterklasse, denn diese weist den Ausweg aus diesem System von Ausbeutung und Unterdrückung." Bürgerinitiativen, unter anderem aus Krefeld, Heidelberg, Mülheim/Ruhr, protestierten gegen den Verbotsantrag: „Er ist Bestandteil einer Flut reaktionärer Maßnahmen, wie die Berufsverbote, der Gewaltparagraph 88a, die Einschränkung der Verteidigerrechte ... und auch der Kriminalisierung von AKW-Gegnern, wie wir selbst erfahren müssen." Außerdem wurden uns Protesterklärungen von Frauengruppen, Jugendzentren und Hochschulgruppen zugesandt, unter anderem auch von einer Versammlung gegen die Ausweisung Klaus Croissants in Toulouse (Frankreich).

Alarm im AKW Neckarwestheim

"Im Ernstfall die Nase ausschnauben"

Ein Atomkraftwerk in der Nähe. Die Werktätigen im Raum Freiburg machen sich Sorgen. Es gibt Proteste. Die Kreisbehörden schicken zur Beschwichtigung an alle Einwohner einen Brief mit einem Merkblatt zum Katastrophenschutz. „Es besteht kein Anlaß zur Beunruhigung oder zu Befürchtungen. Das Kraftwerk in Fessenheim auf der anderen Rheinseite ist mindestens so sicher wie das in Neckarwestheim bei Stuttgart."

Ein Hohn ist das. Zur gleichen Zeit, als das Schreiben in den Briefkästen liegt, ist in Neckarwestheim Alarm: Schwerer Störfall. Der Druckwasserreaktor soll am 21. September anfahren. Überdruck im Dampfkreislauf. Ein Sicherheits-Ventil öffnet sich. Aber es schließt sich nicht wieder. Der Reaktor schaltet sich automatisch aus. Ganze fünf Wochen vergehen, bis der Fehler, der bewirkt, daß das Ventil nicht mehr schloß, gefunden und behoben ist.

Doch das Entscheidende verrät die „Süddeutsche Zeitung": „Nur der Defekt des Überdruckventils veranlaßte die Notabschaltung... Wäre es durch das Versagen des Ventils und die dadurch erfolgte Schnellabschaltung nicht zu einer Unterbrechung der Energieerzeugung gekommen, wären unter anderem folgende Konsequenzen denkbar gewesen: Beschädigung der Dampferzeuger, Druckschläge im Primärkreislauf (Reaktor), Schäden im Primärsystem." Mit anderen Worten: Es bestand eine reale Gefahr für einen atomaren Unfall. Die Geschäftsleitung hat diesen Vorfall zwei Monate lang geheimgehalten, erst eine Bürgerinitiative aus Karlsruhe deckte ihn am 11. November auf.

Die Geheimhaltungstaktik beweist, wie notwendig das Mißtrauen gegen die Kapitalisten und ihren Staat ist. Sie kalkulieren skrupellos unsere Vernichtung ein. Milliardenprofite für das Monopolkapital auf Kosten der Werktätigen — das ist das Ziel des Bonner Atomenergieprogramms. Aber für wirkliche Schutzmaßnahmen, Schutzräume, Krankenhausbetten im Falle eines Unglücks — da ist kaum eine Mark übrig.

Mit welch zynischen Bemerkungen die Unruhe in der Bevölkerung beantwortet wird, zeigt gerade der Brief der Breisgauer Kreisbehörde. Wenn es passiert, was ist zu tun? Die Antwort: „Oberbekleidung in Windrichtung abklopfen... Augen und Ohren mit trockenem Lappen abwischen... Nase ausschnauben, Mund mit sauberem Wasser oder Erfrischungsgetränk ausspülen, Spülwasser ausspucken..." Diese Ratschläge sind ebenso menschenverachtend wie der Hinweis der Regierung, im Falle eines Atomangriffs die Aktentasche über den Kopf zu halten. Geradezu verhöhnt wird die Sorge der Werktätigen bei dem Hinweis: „...gut reinigen. Ist keine Duschanlage vorhanden oder die öffentliche Wasserversorgung gestört, eine hochgehängte Gießkanne oder einen Eimer mit durchlöchertem Boden als behelfsmäßige Duscheinrichtung verwenden..."

Die Anwohner am Schwarzwald waren über dieses Schreiben empört. Da wird in ihrer Nähe eine lebensgefährliche Anlage aufgebaut — und dies als Antwort: Als „Schutz" vor einem schweren Reaktorunfall einen „Regenmantel als behelfsmäßige Schutzkleidung" und „Bürsten und Abklopfen". Die wirkliche Katastrophenplanung wird geheimgehalten. So wie auch in der Nähe anderer Atomkraftwerkstandorte.

Warum scheuen sich wohl die staatlichen Behörden, die Bevölkerung zu informieren? Weil für atomare Schutzräume, für Schutzkleidung, für die ärztliche Versorgung in keinem Fall ausreichend gesorgt ist. Es würde viele empören, wenn sie sehen, daß der Staat planmäßig Tote einkalkuliert. In Biblis ist ein Teil des Katastrophen-Plans an die Öffentlichkeit gekommen: Im Fall eines Reaktorunglücks ist vorgesehen, das Gebiet abzuriegeln und mit Polizei zu umstellen. Damit keiner aus der Nähe des strahlenversuchten Gebietes fliehen kann. Was dann aus den ungeschützten Werktätigen in dem abgeschirmten Landstrick passiert, kann sich jeder ausmalen. Für die Regierung steht in der Eifel ein atomsicherer Bunker, die Kapitalisten haben das Geld, um neben ihrem swimming-pool Schutzräume zu bauen oder mit ihrem Privatflugzeug aus der Gefahrenzone zu entkommen — allein die Werktätigen sind einer radioaktiven Verseuchung schutzlos ausgeliefert. Der Bau von Atomkraftwerken ist eine Bedrohung für Leben und Gesundheit. Darum wird der Kampf der Bevölkerung gegen sie nicht nachlassen. Jeder Atommeiler, jedes neu genehmigte Projekt wird nur noch mehr Menschen gegen diesen kapitalistischen Staat aufbringen, der mit unserem Leben spekuliert.

Bauplatzbesetzung

Winzer kämpfen gegen Truppenübungsplatz

„Rettet die Mainschleife!" Die Winzer und Bauern aus der Gemeinde Nordheim sind empört. Im Morgennebel rücken Bagger und Raupen an. Die Bundeswehr beginnt in einer Blitzaktion mit dem Bau eines Truppenübungsplatzes für Wasser-Pioniere. Am 18. Oktober ist gerade Weinlese. Die Winzer haben die Hände voll zu tun, um die Beeren zu pflücken. Das haben die bewußt gemacht, sagen sie.

Denn der Protest der Anwohner der Volkacher Mainschleife bei Würzburg gegen dieses Bundeswehr-Projekt ist bekannt. Seit Februar kämpfen sie in einer Bürgerinitiative dagegen an. Die Bundeswehr will ein 19 ha großes Gebiet einzäunen. Mitten im Landschaftsschutzgebiet. Jetzt sind dort Auwiesen, Rebschulen, sorgfältig gepflegte Erdbeerkulturen. Ein Erholungsgebiet für viele. Die Bundeswehr will stattdessen Kasernen hochziehen: 14 Hallen, 60 m lang, 15 m hoch. Das Gelände soll um 2 m aufgeschüttet werden, am Mainufer sollen drei große Brückenköpfe entstehen. Damit die Bundeswehrtruppen Brückenbau und Flußüberquerungen für den nächsten Krieg trainieren können.

Die Winzer sorgen sich jetzt um ihre Existenzgrundlage. In den Weinbergen rings um das geplante Truppengelände wird der Wein angebaut, der unter dem Namen „Nordheimer Kreuzberg" in die Geschäfte kommt. Die Reben sind sehr empfindlich. Durch die großen Gebäude auf dem Truppengelände wird, so erklären die Winzer, bei einem Kaltluftstau die Frostgefahr enorm erhöht. Außerdem wird sich das „Kleinklima" verändern. Die riesigen Hallen wirken wie eine Staumauer, die Luft kommt zum Stillstand. Und das fördert die Verbreitung von Pilzkrankheiten an den Reben. Zusätzlich haben die Winzer durch die geplante Abriegelung des Geländes keinen Abfluß mehr für das Regenwasser. Und im Falle einer Trockenheit können sie nicht mehr wie bisher Mainwasser auf die Berge hochpumpen.

Doch um diese Probleme schert sich der Staat einen Dreck. Er raubt den Bauern und Winzern das Land, er umzäunt Erholungsgebiete, er vernichtet rücksichtslos die Arbeit von Generationen, die das Land kultiviert haben, weil er diese Sperrgebiete und Truppenübungsplätze braucht. Damit die Imperialisten ihre Armee drillen können, zum Einsatz für einen Eroberungskrieg oder gegen die eigene Bevölkerung. In jedem Manöver zeigt diese Armee ihre Feindschaft gegenüber dem Volk, wenn sie Ernten vernichtet, Äcker mit Panzerketten durchwühlt und die Arbeit eines Jahres mit ihren Fahrzeugen zermalmt.

Die Regierung in Bonn sagt, sie braucht das Gelände zur „Landesverteidigung". So sieht also diese „Landesverteidigung" aus: Vernichtung von Kulturgelände, Zerstörung der Existenzgrundlage für Hunderte Menschen. Für viele die „Angst im Nacken", wie es ein Sprecher der Nordheimer ausdrückte.

Die Winzer an der Mainschleife haben sich zur eigenen „Landesverteidigung" entschlossen. Seit dem 7. November halten sie das Baugelände mit Stacheldraht umzäunt. Sie lassen die Baufahrzeuge nicht mehr passieren. Am 9. November demonstrierten 300 Winzer und Bauern aus Nordheim und den Nachbargemeinden oberhalb der Baustelle. Sie haben ein Holzhaus aufgebaut und halten es nun Tag und Nacht besetzt.

Der Kampf der Whyler Landbevölkerung gegen den Atomkraftwerkbau zeigt: Nur das Vertrauen auf die eigene Kraft wird ihnen Erfolg bringen! Der kapitalistische Staat wird seine Gerichte, seine Polizei und seine bürgerlichen Abwiegler einsetzen, um den Widerstand der Bevölkerung zu brechen. Stehen die Winzer unerschrocken zusammen, so werden sie dem Staat Zugeständnisse abringen können. Kein Truppenübungsplatz in Nordheim!



Im Kreis von 50 Schleppern haben sich mehr als 300 Winzer und Bauern von Nordheim, Astheim und Eschendorf versammelt, um gegen den Truppenübungsplatz zu demonstrieren.

Kiel

Gefängnis ohne Bewährung für Antifaschisten!

13. August 76. NPD-Faschisten nutzten den Tag des Mauerbaus aus, um in der Kieler Innenstadt ihre faschistische Hetze zu verbreiten. Ihr Stand ging in Trümmer. „Antifaschisten die Faust geballt! Gegen Faschismus hilft nur Gewalt!"

Immer offener machen sich faschistische Gruppen breit. Sie halten Kongresse ab, verteilen neonazistische Hetzblätter, provozieren mit Kundgebungen. Und alles mit Unterstützung der Polizei, mit Rückendeckung durch die Klassenjustiz. Der Staat braucht diese braunen Horden als Terrorbanden gegen die kämpfenden Werktätigen.

Der Prozeß gegen die sieben Genossen, die im Zusammenhang mit der Kieler Kampfaktion festgenommen wurden, zeigt wieder einmal, daß der Staat es ist, von dem die Gefahr des Faschismus ausgeht. Viermal Gefängnisstrafen, zwei ohne Bewährung — diese Terrorurteile gegen Antifaschisten wird vielen die Augen öffnen. Der Bericht der Kieler Genossen über den Prozeßverlauf zeigt auf, es ging nicht um Wahrheitsfindung oder ähnliches, sondern darum, mit Hilfe der Faschisten Kommunisten hinter Gitter zu bringen.

„Im Hof des Gerichtsgebäudes, im Verhandlungssaal Polizisten. Im Nebenraum weitere Polizisten. Schlagstöcke und Helme lagen bereit. Die Zuschauer wurden durchsucht, sie wurden behandelt wie Schwerverbrecher. Trotzdem waren 60 bis 70 Freunde da, unter ihnen eine 30köpfige Realschulklasse mit ihrem Lehrer aus Flensburg.

Die angeklagten Genossen waren nicht bei der Kampfaktion gegen die NPD festgenommen worden, sondern nachträglich aufgrund von unscharfen ‚Tatfotos'. So wurde Genosse Bernd Woitalla 1 1/2 Stunden nach der Aktion vollkommen willkürlich an einem Stand der Partei verhaftet, da ihn angeblich ein Faschist erkannt hatte. Deshalb verlangten die Genossen, daß die Faschisten sie zwischen den Zuschauern identifizieren sollten. Obwohl der Staatsanwalt wütend dagegen argumentierte, mußte das Gericht zustimmen. Denn das bisherige Ermittlungsverfahren widersprach sogar der Strafprozeßordnung. So setzten sich die angeklagten Genossen unter die Zuschauer. 15 ‚Zeugen' wurden aufgefahren, darunter zwei Polizisten und zwölf Mitglieder der NPD. Die vorgeführten ‚Zeugen' widersprachen sich ständig. Der JN-Vorsitzende Stolp hat nach eigenen Angaben bei dem Angriff der Antifaschisten die Hände vor's Gesicht gehalten, aber er ‚identifizierte' im Zuschauerraum vier der Angeklagten und dazu noch drei weitere Zuschauer. Obwohl die Antifaschisten Helme getragen haben sollen, kannten die ‚Zeugen' die Haarfarben. In den Verhandlungspausen rannten sie unter den Zuschauern herum, um herauszubekommen; wer sind denn überhaupt die Angeklagten? Nach zwei Prozeßtagen hatten die NPD-Faschisten so viele erkannt, daß aus sieben Angeklagten inzwischen 19 ‚Angeklagte' geworden waren.

Die Klassenjustiz zeigte bei dem Urteil ihr wahres Gesicht. Obwohl die ‚Zeugen' völlig unglaubwürdige Angaben gemacht hatten, wurden vier Genossen verurteilt. Die Genossen Ewald und Dietrich zu sechs Monaten Gefängnis ohne Bewährung, die Genossen Egon und Wilfried zu vier Monaten Gefängnis auf drei Jahre Bewährung. Drei der angeklagten Genossen, die im Zuschauerraum nicht identifiziert worden waren, mußte das Gericht zähneknirschend freisprechen. Die Zuschauer waren empört über dieses Terrorurteil. Vor allem für die Schüler aus Flensburg war dieser Prozeß ein Lehrstück. Denn Staatsanwalt und Richter erklärten offen, daß sie die revolutionäre Gewalt verurteilen wollten. Die Zerschlagung des Standes der NPD sei eine terroristische und kriminelle Aktion. Die Angeklagten hätten sich nicht von der Aktion distanziert und zu der Parole ‚Tod dem Faschismus' gestanden. Und das müsse sich auch im Urteil ausdrücken."

Sechs Monate ohne Bewährung — dieses Terrorurteil gegen Antifaschisten und Kommunisten zeigt deutlich, wie weit es wieder ist in diesem Staat. Kappler mit Unterstützung der deutschen Behörden auf freiem Fuß. Gestapo-Offiziere, die erwiesenermaßen in vier Tagen 2.000 Menschen erschossen haben, von der „Haft aus gesundheitlichen Gründen befreit". Nazirichter wie Filbinger in hohen Regierungsposten. Und Antifaschisten werden mit Gewalt und Terror unterdrückt. Jeder Antifaschist, jeder, der mit Sorge sieht, wie Bonn Kurs auf den Faschismus nimmt, wird dieses Urteil als Angriff auf den antifaschistischen Kampf der Werktätigen begreifen. Die Terror-Urteile müssen fallen! Freiheit für die Kieler Antifaschisten!

Hameln

Protest gegen AKW-Prozesse

20.000 demonstrierten im März gegen das Atomkraftwerk in Grohnde. 14 von ihnen sollen exemplarisch abgeurteilt werden. Allen wird Landfriedensbruch vorgeworfen.

Wie die Anklage zustande kommt, zeigt dieser Vorfall: Die Polizei steckt einem wehrlos am Boden liegenden Demonstranten einen Spaten in den Gürtel und macht ein Photo. Als angeblicher Beweis für seine Bewaffnung. Der Demonstrant hat den Spaten vorher nie gesehen. Er kommt jetzt vor Gericht. Oder Christian M. aus Geesthacht soll einen Polizisten mit einem Knüppel so verletzt haben, daß er zwei Tage krank gewesen sei. Doch es gibt kein ärztliches Attest, der beschriebene Knüppel ist auf mysteriöse Weise verschwunden. Allerdings lag Christian vier Tage lang mit Nierenquetschungen und gebrochenem Nasenbein im Krankenhaus.

Die Bürgerinitiativen im Weserbergland haben am 19. November in Hameln zu einer Kundgebung gegen die Grohnde-Prozesse aufgerufen. Trotz Regen und Kälte kamen fast 2.000 Menschen und forderten die Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren. Genossen der KPD/ML aus Hannover machten in Hameln Hausbesuche, sammelten Unterschriften und verkauften 53 RHD-Broschüren zu den AKW-Prozessen. Sie waren auch am ersten Prozeßtag vor dem Amtsgericht Hameln anwesend. Darüber diese Korrespondenz einer Sympathisantin unserer Partei:

„Wir waren am 22. 11. nach Hameln gefahren, um der Angeklagten, Linda E. aus Bremen, die des einfachen Landfriedensbruchs beschuldigt wird, in der Verhandlung den Rücken zu stärken. Das Gericht sah sich allerdings nicht in der Lage, den Anweisungen von Ministerpräsident Albrecht („... wir haben eine Reihe von Verhaftungen vorgenommen; ich hoffe, daß unsere Gesetze es zulassen, daß die dann ihrer gerechten Strafe zugeführt werden.") nachzukommen. Denn um 11.30 Uhr waren vor dem Amtsgericht 400-500 Menschen versammelt, die ihre Solidarität mit der Angeklagten bekundeten und Zutritt zum Gerichtssaal verlangten. Als ein Gerichtsdiener verkündete, nur 25 Zuschauer sollten per Eintrittskarte zugelassen werden, blieben auch Linda und ihre Verteidigerin draußen („Entweder wir kommen alle 'rein oder keiner").

Mit säuerlicher Miene verfolgten die Herren im Gerichtsgebäude, wie die Menge — keineswegs in Arme-Sünder-Manier — Parolen rief und Anti-AKW-Lieder sang. Nach fast zwei Stunden verkündeten sie dann vom Fenster aus über Megaphon das Ergebnis ihrer Beratungen: Der Prozeßtermin wird neu angesetzt, also auf unbestimmte Zeit vertagt. Das ist angesichts der Bedeutung dieses ersten Grohnde-Prozesses ein großer Erfolg! Anschließend zog die Menge noch durch die Fußgängerzone in Hameln und hielt eine kurze Kundgebung ab. Dabei konnten wir in 10 Minuten sechs Rote-Hilfe-Broschüren zum § 125 verkaufen. Ein älterer Passant, dem wir erzählten, worum es in der Dokumentation geht, spendete spontan 5 DM. Die Solidarität mit den Grohnde-Demonstranten zeigt Erfolg. Das Jugendschöffengericht in Hameln war gezwungen, das Verfahren gegen einen 17jährigen Schüler aus Hannover-Langenhagen einzustellen. Der Vorwurf: Er hatte Helm und Gasmaske auf und in der Hand eine Fahnenstange. Die Regierung in Hannover schäumt: „Die Einstellungsbegründung ist skandalös." Die Bevölkerung allerdings weiß, der Kampf gegen die Atomkraftwerke ist gerecht. Sie verlangt: Freiheit für alle Grohnde-Demonstanten!

"Unsere Helden"

Korrespondenz. — Es war Samstag. Vor dem großen Kaufhaus war lebhafter Verkehr, denn jeder wollte noch schnell seine Einkäufe fürs Wochenende hinter sich bringen. Die Radio- und Fernsehsendungen flossen über vor lauter Trauer über das Hinscheiden des ach so geschätzten Herrn Schleyer. Die Propagandawelle gegen die „Sympathisanten", „Linken", gegen die Bevölkerung und für „unseren" Staat und „unsere" Polizei rollte an.

Ich kämpfte mich durch die Menschenmenge und entdeckte nahe dem Eingang einen Polizisten der Fahndungsblätter verteilte. Er mußte viel Angst vor all den vielen Leuten haben, denn er wurde von einem weiteren „Ordnungshüter" mit der Maschinenpistole im Anschlag beschützt.

Zaghaft nahm ich ein Flugblatt, das mir der eine vors Gesicht streckte. Denn wer blickt schon gerne in MP-Mündungen — und diese beiden Helden schienen mir zudem reichlich nervös.

Ein paar Schritte weiter entdeckte ich ein Plakat mit Fahndungsfotos. Als ich davor stand, stutzte ich: In der Mitte war ein Aufkleber befestigt, der verkündete: „Das Kapital plant unser Verbot, wir kämpfen weiter — Deutschland wird rot! KPD/ML".

Während ich noch überlegte, warum denn eigentlich die Kommunisten verboten werden sollen, entstand auf einmal viel Unruhe. „Unsere beiden Helden" hatten offenbar entdeckt, daß ihr schönes Plakat einen Zusatz erhalten hat. „Das muß ein Jugendlicher getan haben!", „Dort hinten, der könnte es gewesen sein oder der... oder der dort." Sie rannten an mir vorbei und machten sich auf die Suche nach dem „Missetäter".

Als sie erfolglos ihre Jagd abgebrochen hatten und zurückkehrten, war um ihr schickes grünes Auto ein Auflauf entstanden. Alles lachte, diskutierte und zeigte auf das Auto. Ein Aufkleber verkündete zuversichtlich: „Der Kommunismus läßt sich nicht verbieten! KPD/ML".

„Unsere Helden" wurden bleich, und ihre Stirn wurde naß. „Wer war das?!" — Niemand antwortete, obwohl alle den „Missetäter" gesehen hatten. Das war zuviel für unsere Helden. „Nur weg hier!" muß ihr einziger Wunsch gewesen sein, denn sie fuhren schnell davon. So schnell, daß sie ganz vergaßen den „Schandfleck" an ihrem Auto abzumachen...

Francois de Blois freigekämpft

Am letzten Freitag wurde der Genosse Francois de Blois aus dem Gefängnis entlassen. Zwei Wochen hatte er in der berüchtigten Strafanstalt Stammheim gesessen. Sein „Verbrechen"? Er stand im Verdacht, im Juni ein Flugblatt des KSB/ML in der Mensa der Tübinger Universität verteilt zu haben. Sie nutzten die Tatsache, daß er amerikanischer Staatsbürger ist aus, um mit dem Vorwand der „Fluchtgefahr" einen Haftbefehl gegen ihn zu erlassen, um ihn nach Stammheim zu verschleppen. Und damit Francois sie nur ja richtig verstand, wurde ihm beim Transport angedroht: „Wenn du versuchst zu fliehen, dann erschießen wir dich!"

So wollten sie einen jungen Kommunisten einschüchtern, fertigmachen. Aber vergeblich! Francois stand nicht allein. An seiner Seite waren die Studenten, deren AStA-Referent er lange Zeit war. Und an seiner Seite standen die Partei und die Rote Garde, die den Kampf für seine Freilassung aufnahmen. Überall wurden die Werktätigen über die brutale Verschleppung des Genossen Francois unterrichtet. Das Tübinger Amtsgericht wurde mit Protestbriefen und Anrufen bombardiert.

Jetzt ist Francois frei, der Haftbefehl ist aufgehoben. Aber damit ist der Kampf nicht beendet. Noch in diesem Jahr will die Klassenjustiz ihm den Prozeß machen. Sie wollen ihn aburteilen und abschieben. Deshalb heißt es weiterkämpfen. Wir fordern: Aufenthaltsgenehmigung für Francois! Einstellung des Verfahrens!

Wann kommt der nächste 'Selbstmord'?

17. November. Klaus Croissant wird über die französische Grenze abgeschoben. Er schreibt noch in der Nacht eine Erklärung für die Öffentlichkeit: „Ich werde niemals mein Leben durch Selbstmord beenden. Wenn man von meinem Tode in einem deutschen Gefängnis erfährt, wird es niemals ein Selbstmord sein. Glaubt den Lügen der Mörder nicht!"

18. November. Croissant sitzt in Stammheim. Das Landgericht Stuttgart ordnet Dauerbewachung an. Ständig Licht. Ständig Kontrollen und Durchsuchungen. Die Beamten sehen durch die offene Essensklappe. Begründung: Der Anstaltsarzt schließe „Selbstmordgefahr" nicht aus. Croissant bestreitet dies entschieden durch seine Anwälte.

20. November. Nur zwei Tage später. Croissant findet eine Rasierklinge. Sie hängt offen an einem Nagel an der Schranktür. Unübersehbar. „Es wäre ein leichtes gewesen, Selbstmord zu machen, wenn ich wollte", erklärt Croissant später. Er meldet den Fund sofort. Die Zelle wird durchsucht, und man findet drei weitere Rasierklingen. Die Justiz erklärt, „sie stehe vor einem Rätsel". Die Zelle sei vorher eingehend durchsucht worden.

Ein Rätsel? Die Rasierklingen sind eine deutliche Provokation. Im Faschismus hängte die Gestapo oder SS den politischen Gefangenen einen Strick in die Zelle. Und dann hieß es „Selbstmord" oder auch „Erschossen auf der Flucht". Egal ob die Gestapo selbst mordete oder die politischen Gefangenen durch Terror zur Verzweiflungstat trieb.

Die Rasierklingen in Klaus Croissants Zelle zeigen: Sein Leben ist in Gefahr. Lassen wir nicht zu, daß es noch einmal heißt: „Selbstmord" in Stammheim. „Selbstmord" wie bei Andreas Baader: mit einer „rätselhaften" Pistole, durch Genickschuß, von unten nach oben. Wie bei Ingrid Schubert: mit einem zerrissenen Bettlaken, das sie innerhalb einer Stunde zu einem Strick geflochten haben soll. So wie bei Irmgard Möller: Sie soll sich mit einem oben abgerundeten normalen Eßmesser viermal ins Herz gestochen haben.

Die Toten in den Gefängniszellen sind ein deutlicher Ausdruck für die Faschisierung dieses Staates. Isolationsfolter für politische Gefangene, Kontaktsperre, Abbau der Rechte der Verteidiger, die Schutzhaftpläne für politische Gefangene bilden eine Kette von Unterdrückungsmaßnahmen gegen die politischen Gefangenen. Kämpfen wir gegen die wachsende Faschisierung! Verhindern wir neue „Selbstmorde" in den politischen Trakts der Gefängnisse!

Innenminister wollen den Todesschuß

Fortsetzung von Seite 1

Und wie ist es mit den anderen Bestimmungen? Da ist die Bewaffnung der Polizei mit Maschinengewehren und Handgranaten, die ihren Charakter als Bürgerkriegstruppen gegen die Werktätigen deutlich macht. Und die Einsatzbestimmungen wurden auch gleich formuliert. Es sind die Paragraphen über den „Schußwaffengebrauch gegen Personen in einer Menschenmenge." Dazu ließ der bayrische Innenminister folgende Protokollnotiz aufnehmen, die ausdrücklich als „Verdeutlichung für den einzelnen Polizisten", also als konkrete Handlungsanweisung gebilligt wurde. „Schußwaffen dürfen gegen Personen in einer Menschenmenge nur gebraucht werden, wenn von ihr oder aus ihr heraus schwerwiegende Gewalttaten begangen werden oder unmittelbar bevorstehen und andere Maßnahmen keinen Erfolg versprechen. Wer sich aus einer solchen Menschenmenge nach wiederholter Androhung des Schußwaffengebrauchs nicht entfernt, obwohl ihm das möglich ist, ist nicht als Unbeteiligter anzusehen."

„Schwerwiegende Gewalttaten", die stehen bevor, wenn sich streikende Arbeiter zusammenschließen, um einen Polizeiüberfall abzuwehren, wenn Demonstranten auf den Bauplatz eines Atomkraftwerks zumarschieren. Und dann kann es nach diesem faschistischen Gesetz heißen: „Feuer frei!" So treffen die Herren ihre Vorbereitungen auf das Anschwellen der Klassenkämpfe. Sie rüsten sich, um diese Kämpfe im Blut zu ersticken. Das neue Polizeigesetz ist ein weiterer Schritt hin zum Faschismus. Schließen wir uns zusammen, um dieses Gesetz zu bekämpfen! Kämpfen wir gegen den wachsenden Polizeiterror!

Korrespondenzen

Redaktion
„Roter Morgen"
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26
46 Dortmund 30

Die Krankenkasse zahlt nicht mehr

Liebe Genossen,

wir möchten euch kurz etwas berichten, was wir kürzlich bei unserer Kinderärztin erlebten. Daran wird klar, welche Auswirkungen das neue sogenannte „Kostendämpfungsgesetz" im Gesundheitswesen hat.

Nachdem unser einjähriger Sohn gerade eine Bronchitis überstanden hatte, war er erneut schwer erkältet, so daß wir mit ihm zum Arzt gingen. Wir fragten jedoch vergeblich, ob wir nicht auch ein Vitamin-Präparat für ihn verschrieben bekommen könnten, um seine Abwehrkräfte zu stärken. Das war früher ohne weiteres möglich, denn es gilt als Krankheitsvorbeugung. Nach dem neuen Gesetz wird diese Vorbeugung jedoch nicht mehr von den Krankenkassen bezahlt.

Dabei geht die „Kostendämpfung" so weit, daß sogar die Vitamin-D-Tabletten, die jedes Baby im ersten und zweiten Lebensjahr unbedingt täglich erhalten muß, um Rachitis-Erkrankungen zu verhindern, ebenfalls als „Vorbeugungsmaßnahme" eingestuft werden und nicht mehr auf Rezept zu erhalten sind. Auch unsere Ärztin ist über diese Anordnung sehr empört. Wie sie uns sagte, wird das Ergebnis davon sein, daß sich die Rachitis unter Kleinkindern erneut ausbreiten kann. Niemand kann sagen, wie viele Kinder auf diese Weise dazu verurteilt sind, Krüppel zu werden, aber eins kann man sicher sagen: Verantwortlich ist dieses kapitalistische System, in dem die Gesundheit der Bevölkerung nichts — der Profit aber alles bedeutet!

Rot Front!
Ein Genosse aus Kassel

Protest gegen Polizeiterror

Liebe Genossen,

unter dem Vorwand der Schleyer-Entführung und des Kampfes gegen den „Terrorismus" verschärft die Bourgeoisie den Terror gegen das Volk. Ein Beispiel dafür ist der Vorfall, der sich letzte Woche am Barmbeker Bahnhof (U-Bahnhof in einem Hamburger Arbeiterviertel) ereignete:

In einem Bus hatten einige offenbar angetrunkene Jugendliche einen älteren Herrn angerempelt, worauf der Busfahrer über Funk die Polizei rief, die dann an der Station Barmbek Bahnhof den Linienbus erwartete. Die Jugendlichen wurden sogleich auf einen Wink des Busfahrers verhaftet und brutal in den Streifenwagen gezerrt. Daraufhin sammelten sich ca. 100-150 Leute um den Polizeiwagen. Unklar ist, ob die Jugendlichen den alten Herrn nur aus Versehen angerempelt hatten und den Busfahrer die Panik ergriff oder ob sie ihn mutwillig angerempelt hatten, was natürlich zu verurteilen ist. So war die Menschenmenge auch geteilter Meinung über den Vorfall.

Aber was dann geschah, zeigt nur, wie brutal die Polizei gegen Arbeiter vorgeht:

Ein Polizist fragte laut, wer den Zwischenfall im Bus noch gesehen hätte. Der Busfahrer zeigte auf einen Mann und sagte, der sei dabei gewesen. Der Mann antwortete, er wolle keine Aussage machen, da ihn die Jugendlichen kennen und ihn vielleicht verprügeln würden. Als er dies gesagt hatte, packten ihn zwei Polizisten, drehten ihm die Arme auf den Rücken und stießen ihn auch noch ins Polizeiauto. In diesem Moment fühlten sich wohl viele ältere Leute an die Zeit des Faschismus erinnert. Jüngere Menschen packte der Haß auf dieses brutale Vorgehen. Eine Menge von ca. 100 Menschen drängte sich dem Polizeiauto entgegen und protestierte lautstark. Da bekamen es die Polizisten doch mit der Angst. Sie riefen über Polizeifunk noch drei weitere Streifenwagen, die die Menge auseinandertrieben.

Dieser Fall macht deutlich, woher bei uns der Wind weht, vor wem die Bourgeoisie wirklich Angst hat — vor dem Volk.

Rot Front!
Zwei Genossen aus Hamburg

Sie sagten, es wäre „Selbstmord"...

Der „Bayrische Hiesel", der „Jennerwein", diese legendären Wilderer des 18. und 19. Jahrhunderts sind in Süddeutschland, vor allem in Bayern, noch immer in aller Munde, werden in zahlreichen Volksliedern besungen. Die organisierte Wilderei war in der Zeit des Feudalismus, wo die Fürsten das alleinige Jagdrecht besaßen, ein Ausdruck des spontanen Kampfes der Bauern gegen den Adel.

Am 14. November 1877 fanden Bauernburschen am Reißenberg am Rande des Staatsforstes eine Leiche. Sie bot einen entsetzlichen Anblick. Der rechte Fuß war unbekleidet, Schuh und Strumpf lagen auf dem Boden. Die große Zehe des rechten Fußes war in den Abzugsbügel eines Gewehrs geklemmt, dessen Lauf auf das Kinn des Toten gerichtet war. Der Kopf war schrecklich verstümmelt.

Es dauerte allerdings nicht lange, da entdeckten die Umstehenden, daß der Tote eine Schußwunde im Rücken hatte! Der Fall war also klar. Es war ein Mord geschehen, der auf ebenso dumme wie gemeine Weise hatte vertuscht werden sollen. Das Opfer war der bekannte Wilderer Jennerwein, der Täter ein Staatsbeamter, ein „Hüter von Gesetz und Ordnung". Fast ein halbes Jahr lang konnten die Vorgesetzten des Mörders Josef Pfoederl den Fall vertuschen. Ein Jahr später stand der beamtete Mörder dann vor dem Schwurgericht in München. Aber er fand verständnisvolle Richter. Der erste Schuß in den Rücken habe Jennerwein nicht getötet, befanden sie. Von den beiden anderen Schüssen in den Kopf wisse er nichts, erklärte Pfoederl. Doch er konnte nicht abstreiten, zu der Zeit, als die tödlichen Schüsse fielen, am Ort der Tat gewesen zu sein. Und so fällte das Gericht dann das Urteil: acht Monate Gefängnis für ein Vergehen der Körperverletzung. Da Pfoederl kein Vermögen besaß, wurden die Kosten der Staatskasse aufgebürdet.

Nach Verbüßung seiner Strafe wurde Pfoederl versetzt und war wieder Jagdgehilfe in Valepp über dem Spitzingsee. Aber wenn das Urteil des Gerichts milde war, so war es das Urteil seiner Landsleute nicht. Überall traf er nur auf Verachtung.

Auch 100 Jahre nach seiner Ermordung kostete der Wildschütz Georg Jennerwein die bayrische Obrigkeit noch eine schlaflose Nacht. Bis zum Morgengrauen hielten auf dem Friedhof von Westhofen in Schliersee zwei Polizisten — bewaffnet mit Maschinenpistolen — Wache am Grab des Ermordeten. Denn nachdem am 6. November vor einem Jahr, dem 99. Todestag, ein gewilderter Gamsbock an seinem Grabkreuz hing, gingen diesmal Gerüchte um, daß es in diesem Jahr ein Förster oder Gendarm sein sollte...

P. S. Die Ähnlichkeit mit aktuellen Vorgängen ist rein zufällig.

Rot Front!
Ein Leser des „Roten Morgen" aus München

Parteiveranstaltungen:

Frankfurt: Veranstaltungsreihe der Roten Garde. 2. 12. 77: Dia-Abend über die SVR Albanien um 19 Uhr im Haus Gallus, Raum 3. 4. 12. 77: Dia-Abend über die Oktoberrevolution, 19 Uhr, Ort steht noch nicht fest und kann im Parteibüro erfragt werden. 9. 12. 77: „Was will die Rote Garde?", 19 Uhr, Frankfurt-Sachsenhausen, Affentorhaus, Raum 2. 11. 12. 77: Albanien-Filmabend, 18 Uhr, Haus Gallus, Clubraum 3.

Bonn: Albanien-Lichtbildvortrag: 3. 12. 77, 19 Uhr, „In der Sternenburg", Sternenburgstr.

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"

○ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren

○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

NAME ....
WOHNORT ....
STRASSE ....

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML, Wellinghoferstr. 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.**

Der Kampf gegen den modernen Revisionismus - entscheidende Voraussetzung für den Sieg der Revolution

Am 17. und 18. November fand in Tirana die 3. Plenartagung des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens statt. Zu dieser wichtigen Tagung veröffentlichte die Zeitung „Zëri i Popullit" einen Leitartikel mit dem Titel: „Der Kampf gegen den modernen Revisionismus — entscheidende Voraussetzung für den Sieg der Revolution". Wir bringen diesen Artikel in einer von Radio Tirana ausgestrahlten Übersetzung.

Die Fragen, die auf dieser Plenartagung erörtert wurden, heißt es im Leitartikel, der Bericht des Politbüros „Über den Kampf gegen die verschiedenen Strömungen des modernen Revisionismus in der kommunistischen Weltbewegung", erstattet vom Ersten Sekretär des Zentralkomitees, Genossen Enver Hoxha, und der weitere Bericht „Über die Verstärkung der Arbeit der Partei zur Erziehung der Kommunisten und der Kader", erstattet vom Sekretär des Zentralkomitees, Genossen Ramiz Alia, sind von außerordentlicher Bedeutung für die Partei und das ganze Land. Die PAA, konsequent in ihrer unerschütterlichen und prinzipienfesten Linie, dem Marxismus-Leninismus und dem proletarischen Internationalismus bis zum Schluß treu, erörtert die Frage des Kampfes gegen die verschiedenen revisionistischen Strömungen in einem Augenblick, der entscheidend ist für die marxistisch-leninistische Weltbewegung, für die Geschicke des Sozialismus und der Revolution auf der Welt und für die Interessen der Befreiungskämpfe der Völker.

Heute sind wie nie zuvor sämtliche opportunistischen und revisionistischen Strömungen, angefangen von der alten Sozialdemokratie bis hin zu den Predigern der „Theorie der drei Welten", zum Generalangriff auf den Marxismus-Leninismus und die revolutionäre Strategie übergegangen. Der Imperialismus, die Bourgeoisie und die Kräfte der Reaktion, ermutigt im Kampf gegen den Marxismus-Leninismus durch die Konterrevolution in der Sowjetunion, die bürgerliche Entartung der einstigen kommunistischen Parteien des Westens und die Aktivierung der verschiedenen opportunistischen Strömungen, darunter auch die der sogenannten „Theorie der drei Welten", haben ihren Druck auf die Revolution und die Befreiungsbewegung der Völker verstärkt.

All diese Feinde des Proletariats und der Völker haben ihre Kräfte für ein gemeinsames Ziel vereinigt: die Revolution aufzuhalten, den Marxismus-Leninismus zu schlagen und die werktätigen Massen und Völker ideologisch zu verwirren, die revolutionären Kräfte zu spalten und den patriotischen und Freiheitsdrang der Völker auszulöschen, die kapitalistische Gesellschaftsordnung und die neokolonialistische Herrschaft des Imperialismus unberührt zu bewahren. Das zeigt, daß der moderne Revisionismus wie in der Vergangenheit so auch heute die Hauptgefahr für die kommunistische und Arbeiterbewegung bleibt.

Die PAA, die dem Marxismus-Leninismus stets die Treue hält und ihre internationalistischen Pflichten bis zum Schluß erfüllt, betonte auf ihrem 7. Parteitag, daß die Fortsetzung, die Erweiterung und Vertiefung des ideologischen Kampfes gegen modernen Revisionismus und Opportunismus, gegen alle ihre Strömungen und Tendenzen, in welcher Form auch immer sie auftreten mögen, eine wichtige und zwingende Aufgabe für alle Marxisten-Leninisten, für alle aufrechten Revolutionäre darstellt. Wie damals, sagte Genosse Enver Hoxha in seinem Bericht auf diesem Parteitag, fällt ihnen auch jetzt die historische Aufgabe zu, den Marxismus-Leninismus gegen die revisionistischen Angriffe und Entstellungen zu verteidigen, die revolutionäre Linie der wirklichen kommunistischen Weltbewegung gegen die Einflüsse und Erpressungen, die die Bourgeoisie und die verschiedenen opportunistischen Kräfte auf sie ausüben, zu verteidigen, den proletarischen Internationalismus gegen den Großmachtchauvinismus der sowjetischen Sozialimperialisten und gegen den bürgerlichen Nationalismus der anderen Opportunisten zu verteidigen.

Seit ihrer Gründung, wird in „Zëri i Popullit" ferner unterstrichen, hat die PAA mit Genossen Enver Hohxa an der Spitze, ununterbrochen den prinzipienfesten und kompromißlosen Kampf gegen den revisionistischen Verrat als einen für die Geschicke der Revolution und des Sozialismus in unserem Land lebenswichtigen Kampf angesehen. Aber der Kampf, den die PAA gegen den modernen Revisionismus und für die Verteidigung des Marxismus-Leninismus geführt hat, war gleichzeitig ein eindeutiger Ausdruck der Tatsache, daß sie dies als eine hohe internationalistische Pflicht betrachtet hat, als eine Pflicht, die von ihr stets in Ehren trotz aller Schwierigkeiten und Opfer erfüllt worden ist. Dies beweist die ganze Geschichte der PAA, ihr langwieriger und entschlossener Kampf gegen den bekannten sowjetischen Revisionismus, gegen den jugoslawischen Revisionismus, der nach wie vor die marxistisch-leninistische Theorie und den Aufbau des Sozialismus angreift und die faule Theorie der „blockfreien" Länder predigt, gegen die Theorien der Revisionisten, die sich den Namen „Eurokommunisten" gegeben haben und offen den Klassenkampf und die Diktatur des Proletariats hinweggefegt haben, sowie gegen die Predigten der „Theorie der drei Welten", welche die Verstärkung der Herrschaft des Imperialismus und des Kapitalismus unterstützt und die Widersprüche tilgt, die zwischen dem Proletariat und den unterdrückten Völkern auf der einen und der Bourgeoisie und dem Imperialismus auf der anderen Seite bestehen.

Für die PAA war und bleibt die Verteidigung des Marxismus-Leninismus eine große und prinzipielle Frage. Ohne gegen den Revisionismus, gegen alle antimarxistischen Strömungen und Abweichungen zu kämpfen, kann man auch nicht gegen den Imperialismus kämpfen, kann man den Sozialismus nicht erfolgreich aufbauen und das Vaterland verteidigen, kann man die revolutionäre Bewegung des Proletariats und den Befreiungskampf der Völker nicht unterstützen. Eben weil die PAA den Marxismus-Leninismus sowohl innerhalb als auch außerhalb des Landes entschlossen verteidigt und ihn treu angewandt hat, baut das albanische Volk erfolgreich den Sozialismus auf, sichert es sich eine glückliche Gegenwart und Zukunft.

Die Analyse, die Genosse Enver Hoxha auf der Plenartagung von den verschiedenen revisionistischen Strömungen und ihrer praktischen Tätigkeit zur Entstellung des Marxismus-Leninismus und zur Untergrabung der Sache der Revolution und der Völker machte, wird die PAA noch mehr befähigen und entschlossener machen, mutig und mit unerschütterlichem Vertrauen in den endgültigen Sieg über jede Art Opportunismus zu kämpfen. Gleichzeitig bildet diese Analyse einen Beitrag der PAA in dem gemeinsamen Kampf, den heute die wahrhaften Revolutionäre zur Verteidigung des Marxismus-Leninismus und der korrekten revolutionären Linie gegen die alten und die neuen Revisionisten führen.

Im Artikel wird ferner auf die weitere Zuspitzung des Klassenkampfes zwischen Revolution und Konterrevolution, Sozialismus und Kapitalismus, Marxismus-Leninismus und Revisionismus sowie Opportunismus auf weltweiter Ebene eingegangen und auf die Aufgaben hingewiesen, die der Partei und dem gesamten Volk erwachsen, um den Kampf für den Aufbau, die ständige Konsolidierung und die Verteidigung des Sozialismus in Albanien auf eine neue, höhere Stufe zu heben. Zu diesen Aufgaben gehören vor allem die ununterbrochene Festigung der Partei, der revolutionären Einheit der Meinung und der Aktion in ihren Reihen, das Schreiten auf dem richtigen Weg des Klassenkampfes gegen die Feinde, auch im Volk und in der Partei selbst, die Stärkung des Verteidigungspotentials des Vaterlandes als lebenswichtige Aufgabe, die bedingt ist durch die aktuellen Situationen und Augenblicke, die weitere Festigung und der schnelle Fortschritt der sozialistischen Wirtschaft des Landes, die Produktionssteigerung in allen Wirtschaftszweigen.

Für die erfolgreiche Erfüllung der gewaltigen und schwierigen, jedoch ruhmreichen nationalen und internationalen Aufgaben, die der Partei und dem Volk Albaniens in der heutigen Situation zur Lösung anstehen, spielt die allseitige Erziehung der Kommunisten, der Kader, der Intelligenz und aller Werktätigen eine erstrangige Rolle. Die 3. Plenartagung des Zentralkomitees legte auf diesem Gebiet wichtige Aufgaben fest. In diesem Zusammenhang heißt es im Leitartikel, daß die Menschen in Albanien dank der Arbeit der Partei die Situationen und ihre Entwicklung gut kennen und mit ihnen leben. Deshalb besteht im ganzen Land eine gesunde Lage. Wenn es darum geht, die Prinzipien des Marxismus-Leninismus, die gerechte Sache der Völker, die Ideale des Kommunismus zu verteidigen, haben unsere Menschen große Beweise an Wachsamkeit, an gesundem politischen und klassenmäßigen Spürsinn, an Bereitschaft und Entschlossenheit, jede Schwierigkeit zu überbrücken und jedes Opfer in Kauf zu nehmen, geliefert. Dies ist ein großer Sieg der Partei. Die Bewältigung der Situation und die Verwirklichung der gewaltigen Aufgaben, die der 7. Parteitag stellte, erfordern jedoch, daß dieser Sieg vorangetrieben wird durch das Studium und die Aneignung des Marxismus-Leninismus, der Lehren der PAA und des Genossen Enver Hoxha und daß sich unsere Menschen direkt am Klassenkampf beteiligen.

Im Artikel werden auch die Aufgaben der Kommunisten, der leitenden Kader und aller anderen Werktätigen hervorgehoben, um ihr ideologisch-berufliches Niveau ständig zu heben, ihren ideologischen und kulturellen Horizont zu erweitern, damit sie stets in der Rolle des Vorkämpfers beim sozialistischen Aufbau stehen.

Abschließend wird im Leitartikel der Zeitung „Zëri i Popullit" unterstrichen, daß die Beschlüsse der 3. Plenartagung des Zentralkomitees der gesamten Arbeit der Partei einen weiteren Ansporn verleihen werden, um die großartigen Ziele des 7. Parteitags zu verwirklichen, den sozialistischen Aufbau des Landes voranzutreiben, das Verteidigungspotential des Vaterlandes zu verstärken, um jede Situation erfolgreich zu bewältigen und den Kampf gegen den USA-Imperialismus, den sowjetischen Sozialimperialismus, den modernen Revisionismus, den Opportunismus aller Schattierungen und die Reaktion wie immer erfolgreich zu führen.



Ca. 2.000 Arbeiter demonstrierten am 15. 11. in Emden gegen die drohende Stillegung der Werft Schulte & Bruns und anderen zu diesem Reedereikonzern gehörenden Betrieben und gegen die drohende Entlassung von 1.700 Kollegen.

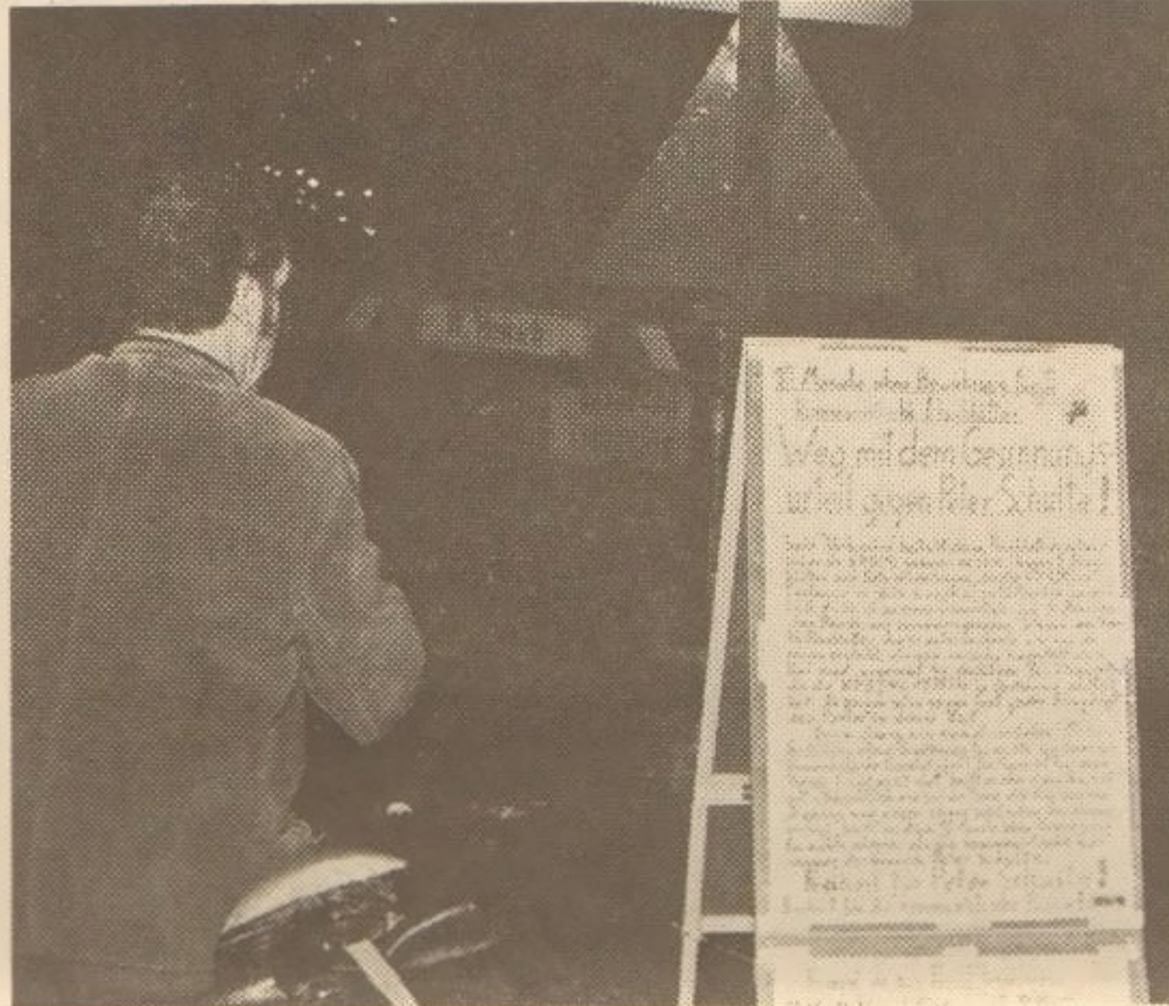


In vielen Orten fanden anläßlich des 60. Jahrestages der Oktoberrevolution Veranstaltungen statt. Über 300 Freunde und Genossen besuchten die Veranstaltung in Westberlin, auf der Genosse H.-D. Koch eine wichtige Rede hielt.

November im Bild

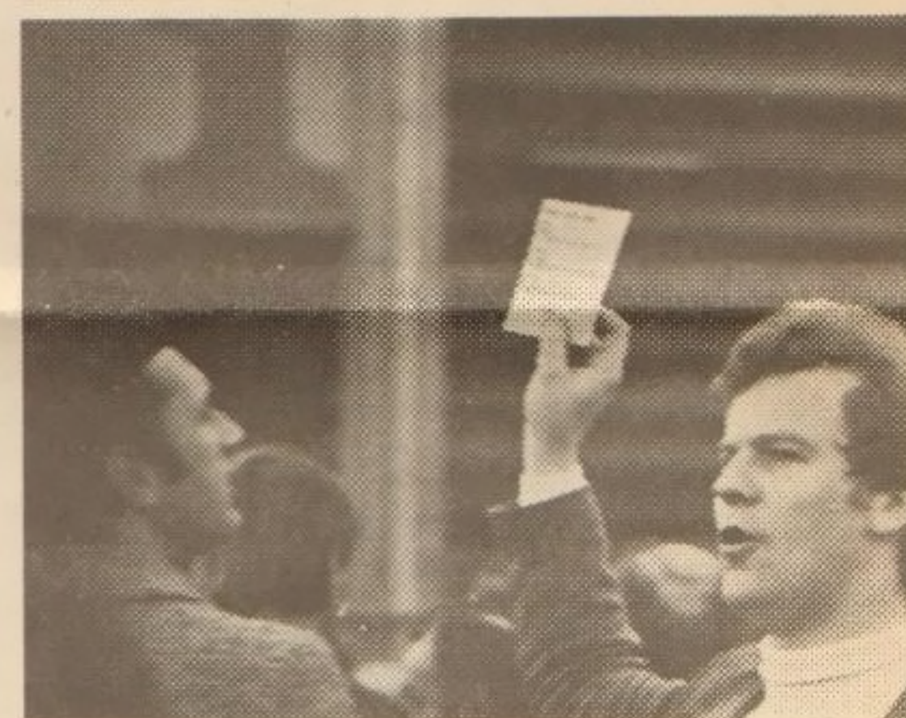


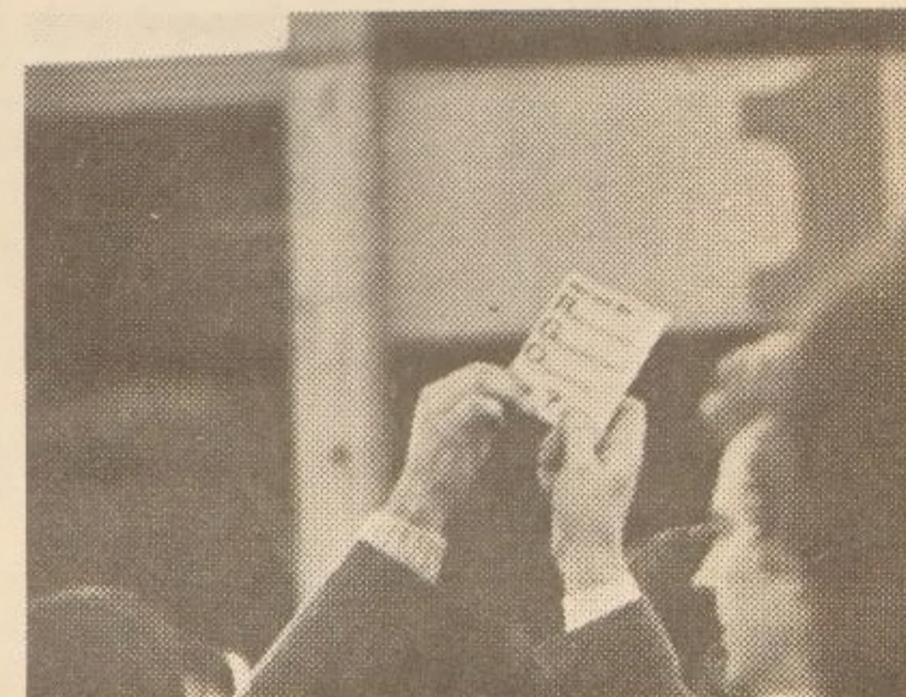
Mitte November fand der Prozeß gegen acht Antifaschisten aus Kiel statt. Sie sollen angeblich einen Propagandastand der „Jungen Nationaldemokraten" zerschlagen haben. Das Urteil: Drei Freisprüche, vier Gefängnisstrafen, ein Verfahren wurde aufgeschoben (Siehe Seite 7).



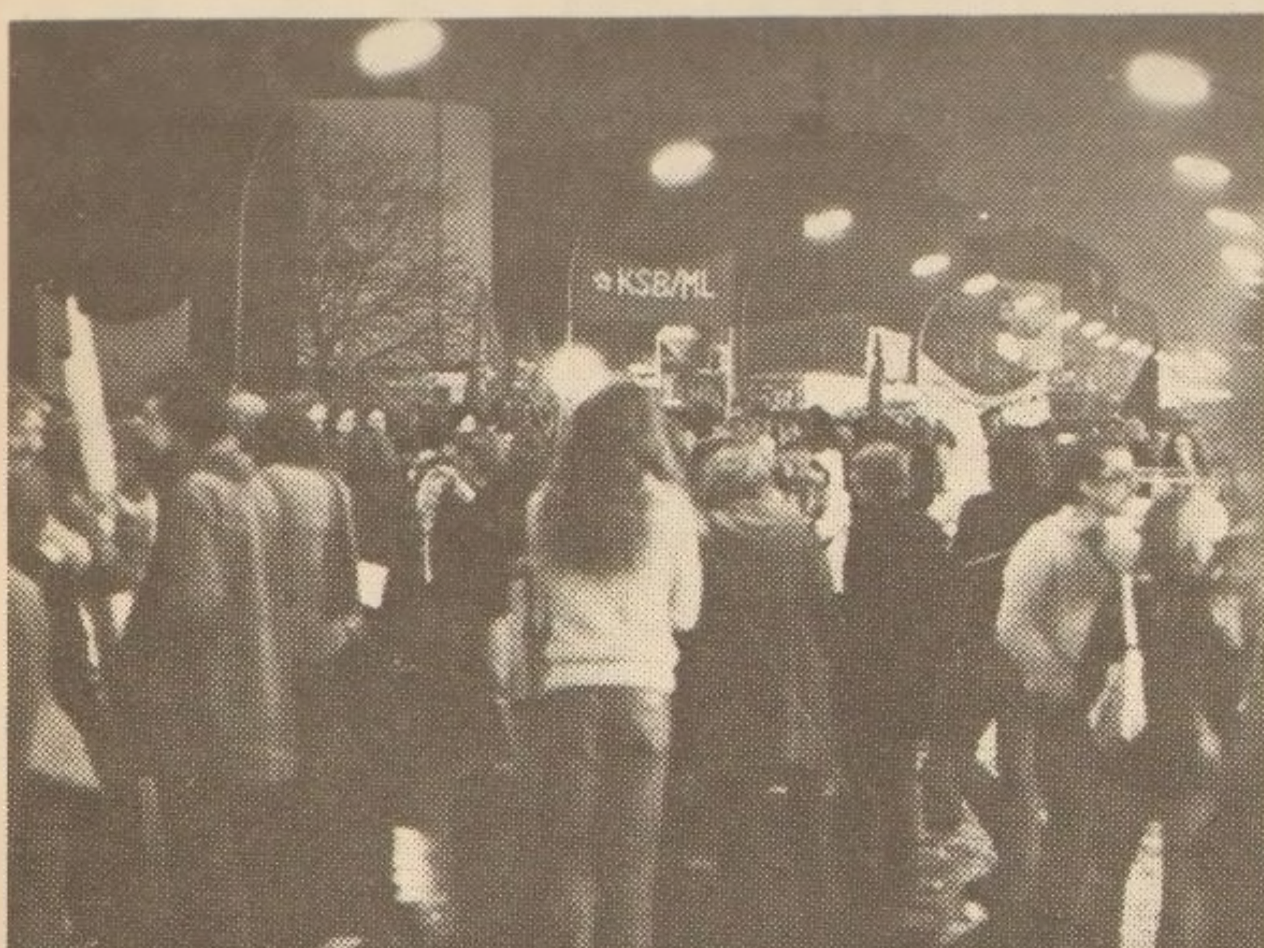
Im Berufungsprozeß gegen Genossen P. Schulte, der zu zehn Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt worden war, wurde erreicht, daß die Gefängnisstrafe in eine Geldstrafe von 4.200 DM umgewandelt wurde. Foto: Ausschnitt aus der Propaganda der Partei — Stelltafel vor Thyssen/Duisburg







Mehrere Broschüren „Was will die RGO" wurden vor der Kundgebung des DGB für Kohle und Kernenergie in Dortmund verkauft.





In verschiedenen Städten und an vielen Universitäten kämpfen die Studenten gegen die neuen Hochschulgesetze. Der Kommunistische Studentenbund/Marxisten-Leninisten (KSB/ML) unterstützt diese Kämpfe der Studenten. Links: Demonstration in Westberlin, rechts: Demonstration in Stuttgart, an der sich ca. 25.000 Studenten beteiligten.



Zwei Wochen wurde Francois de Blois wegen angeblichen Flugblattverteilens willkürlich im Stammheimer Gefängnis gefangengehalten. Durch den Kampf der Tübinger Studenten, der Partei und der Roten Garde, durch die massiven Proteste aus der Bevölkerung konnte er jetzt freigekämpft werden. (Siehe Seite 7)



Zwischen 60 und 80 Personen, vor allem Kinder, beteiligten sich an einem Laternenumzug, zu dem der Hamburger Spielmannszug aufgerufen hatte. Die Roten Pioniere hatten Handzettel verteilt und viele Laternen gebastelt, die an die Kinder verkauft wurden.

Aus aller Welt

GRIECHENLAND

Ein Toter, 18 Verletzte — das ist die blutige Bilanz eines Massakers an palästinensischen Studenten in Athen. Presse und Fernsehen hatten diesen Vorfall, der sich zur Zeit des Sadat-Besuches in Israel ereignete, so hingedreht, als habe es sich um einen bewaffneten Überfall auf die ägyptische Botschaft in Athen gehandelt. Tatsächlich war eine Gruppe von arabischen Demonstranten vor der Botschaft erschienen, um ein Protestschreiben zu übergeben. Als sie das Gebäude betreten wollten, eröffneten Sicherheitsbeamte das Feuer auf sie. Gleichzeitig griffen griechische Polizeitruppen mit Panzerwagen und Tränengas an. 38 Studenten wurden verhaftet, 12 von ihnen noch am selben Wochenende abgeschoben.

INDIEN/SOWJETUNION

Brüderliche Hilfe nach Art der Sowjetunion — dafür hat Moskau kürzlich ein besonders abscheuliches Beispiel geliefert. Vor vier Jahren waren zwei Millionen Tonnen Weizen an Indien geliefert worden, unter der Bedingung, daß Indien, wann immer es dazu in der Lage ist, diese Menge in vergleichbarer Qualität zurückbezahlen soll. Zinsen werden nicht vereinbart. Diese „brüderliche Hilfe" wurde am Vorabend eines Besuchs von Breschnew vereinbart, der dann auch entsprechend empfangen wurde.

Jetzt wollte Indien zurückzahlen, und da war plötzlich von ganz anderen Dingen als den vereinbarten die Rede. Die Kreml-Herren bestanden darauf, daß ihnen nicht indischer Weizen geliefert würde, sondern australischer oder amerikanischer. Nach zähen Verhandlungen gingen sie davon ab, um aber gleich eine neue erpresserische Forderung zu stellen: Sie wollten erst einmal 258.000 t indischen Weizen nehmen, aber nur unter der Bedingung, daß sie zu dieser Menge 28.000 t zusätzlich als Zinsen bekommen.

So machen die russischen Sozialimperialisten ihre schmutzigen Geschäfte, Geschäfte mit einem Land, in dem Millionen hungern, in dem jedes Jahr 500.000 Kinder an Unterernährung und mangelnder medizinischer Versorgung sterben. Was die indischen Reaktionäre bestrifft, so sind für sie die wichtigsten Lebensmittel wie der Weizen auch nur ein Schacher-Objekt. Als sie jetzt darangingen, ihre Weizenschulden an Moskau zurückzuzahlen, sprachen sie von Rekordernten. Es ist auch bekannt, daß sie Getreide in andere Länder exportieren. Sie scheren sich einen Dreck um die Hungertoten im Land. Den Weizen bekommen die, die dafür zahlen — und das können die verelendeten indischen Werktätigen eben nicht.

NORDIRLAND

Die nordirischen Patrioten greifen weiterhin die Truppen des britischen Imperialismus und die einheimischen Reaktionäre an. So explodierten am 5. November in sechs Grafschaften Sprengladungen gegen Einrichtungen des Feindes. In Belfast wurden in der letzten Zeit mehrere Militärzentren der britischen Truppen angegriffen und dabei erheblicher Sachschaden angerichtet. Am 13. November zerstörten die Patrioten in dieser Stadt ein Büro der britischen Besatzer durch eine Bombe. Auch in anderen Gegenden Nordirlands haben die Patrioten dieser Tage Polizei- und Militärposten des Feindes angegriffen.

PANAMA

10.000 Einwohner der Hauptstadt demonstrierten am 4. November anläßlich des Fahnentages für die vollständige Unabhängigkeit des Landes. Sie riefen Losungen wie „Souveränität oder Tod!", „Panama über alles" und antiamerikanische Parolen.

NAMIBIA/WESTDEUTSCHLAND

Bonn weist namibische Patrioten aus

Wie am Fließband werden in Bonn die Solidaritätserklärungen für die Völker des südlichen Afrika produziert. Man verurteilt den Rassismus des Vorster-Regimes, spricht sich für die Unabhängigkeit Namibias aus usw. usf. Daß alle diese heuchlerischen Erklärungen nicht das Papier wert sind, auf dem sie geschrieben stehen, zeigte sich jetzt am Fall zweier namibischer Patrioten: Daniel Shivangulula, führendes Mitglied der Befreiungsorganisation SWAPO, ansässig in Wuppertal und seine Frau wurden in einer Nacht- und Nebelaktion in Abschiebehaft genommen und außer Landes gebracht.

Die namibischen Patrioten kamen, wie es heißt, illegal in die Bundesrepublik. Illegal — was bedeutet das? Ihr Land ist von den Vorster-Rassisten besetzt, sie selbst sind wie ihre Landsleute völlig rechtlos, und einen Paß, mit dem ein Angehöriger des namibischen Volkes „legal" aus seinem Land in ein anderes reisen könnte, so etwas gibt es nicht. Daniel Shivangulula hat sich aber nicht etwa in der Bundesrepublik versteckt. Er ist als politischer Flüchtling hierhergekommen, als einer, der mehrere Male von den Rassisten eingekerkert und gefoltert wurde.

Daniel lebte mit seiner Frau in Wuppertal, beide hatten einen Asylantrag gestellt. Das Verfahren beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge war noch anhängig. Und mitten hinein in dieses Verfahren die Abschiebung. Die Herren von der Ausländerpolizei haben Erfahrung mit so etwas. Freitag mittag erfolgt die Verhaftung. Am Wochenende sitzen die beiden Patrioten in Abschiebehaft, am Wochenende, wo die Gerichte nicht erreichbar sind, kein Widerspruch eingelegt werden kann. Und am Montag morgen ist das Ehepaar längst nicht mehr hier, schon irgendwohin ins südliche Afrika gebracht worden.

Wie sagte doch der NRW-Innenminister Hirsch, der Erfinder des „Rettungsschusses" kürzlich? „Dem Ausländer muß in jedem Fall die Möglichkeit gelassen werden, gegen eine Ausweisung und Anordnung ihrer sofortigen Vollstreckung, die ihm gegebenen Rechtsbehelfe einzulegen." Das ist sozusagen eine amtliche Anordnung, denn der Herr Hirsch ist der Dienstherr auch der Wuppertaler Ausländerpolizei, die die beiden namibischen Patrioten verschleppte. Aber solche Weisungen sind eben genausoviel wert wie die Solidaritätsbekundungen aus Bonn, einen Dreck.

Das namibische Volk hat bittere Erfahrungen mit dem deutschen Imperialismus gemacht. Bis zum ersten Weltkrieg mußte es unter dem Joch der deutschen Kolonialherrschaft leiden. Heute ist Bonn einer der wichtigsten Hintermänner hinter dem Vorster-Regime, das Namibia besetzt hält. Die Ausweisung Daniel Shivangululas und seiner Frau zeigt erneut die feindselige Haltung der westdeutschen Imperialisten gegenüber dem namibischen Volk, genauso wie die Tatsache, daß die Bundesrepublik als einziges Land bis vor kurzem ein Konsulat in Namibia unterhielt und dadurch die Besetzung des Landes durch das Vorster-Regime anerkannte. Heute ist dieses Konsulat zwar offiziell geschlossen, tatsächlich aber ist es gleich um die Ecke als Rechtsanwaltbüro getarnt, wieder eröffnet worden.

DDR - Außenminister im Iran

Zusammenarbeit gegen das Volk

„Konsequente Solidarität mit allen antiimperialistischen Kräften", versprach SED-Chef Honecker auf dem IX. Parteitag der modernen Revisionisten der DDR. Solche Worte benutzt die Honecker-Clique zu betrügerischen Zwecken, denn in Wirklichkeit sieht ihre Politik ganz anders aus. Das sieht man deutlich an den engen Verbindungen zwischen ihr und dem faschistischen Schahregime im Iran.

Am 9. November traf der Außenminister der DDR, Fischer, zu einem Freundschaftsbesuch in Teheran ein. Er überbrachte dem Schah eine Einladung Honeckers zu einem Staatsbesuch in der DDR. Gleichzeitig fand die gleichgeschaltete DDR-Presse freundschaftliche Worte für das Faschistenregime. Da konnte man im „Neuen Deutschland" kein Wort über die Verbrechen des berüchtigten Geheimdienstes SAVAK lesen und die grausame Unterdrückung und Ausplünderung der Volksmassen blieb unerwähnt.

Kein Wort wurde darüber verloren, daß dieser „Kaiser" und sein Hofstaat Marionetten in den Händen der USA-Imperialisten sind, die die Reichtümer des Iran wohlfeil an jeden x-beliebigen Imperialisten verschachern (wenn nur genügend für sie selbst dabei abfällt und solange ihre Herren in Washington grünes Licht geben). Stattdessen öffnete das „Neue Deutschland" seine Spalten für den Außenminister des faschistischen Regimes, damit er sich über die angeblich „unabhängige" und „nationale" Politik des Henkers auf dem Pfauenthron verbreiten konnte.

Wo sich schon die Wallstreetmagnaten, die neuen Zaren im Kreml, die Krupp und Thyssen und andere Blutsauger tummeln, darf die Honekker-Clique nicht fehlen. Schließlich winken hier Riesenprofite.

Ein Fünfjahresabkommen ist bereits unter Dach und Fach. Neue Verträge sind unterschriftsreif. Fettester Brocken bisher: Bau einer Fabrik für Eisenbahnräder und -achsen.

Ja, die neue Bourgeoisie in der DDR kann ihre wahre Natur nicht verleugnen. Sie sind Imperialisten, Feinde der Völker, an deren Ausplünderung und Unterdrückung sie beteiligt sind.

Yale-Universität, USA

Carrillo als Streikbrecher

Einen Streikbrecher nannten amerikanische Arbeiter den spanischen Revisionistenchef Carrillo, die Gallionsfigur der sogenannten Eurokommunisten. Folgendes hatte sich ereignet: Carrillo wollte aufgrund der Einladung einer Stipendienstiftung in der Yale-Universität, New Haven, sprechen, um vor diesem erlauchten Kreis Stimmung zu machen für seine revisionistische Politik. Die bei der Universität beschäftigten Arbeiter, die zu dieser Zeit im Streik standen, forderten Carrillo auf, nicht zu reden, weil das bedeuten würde, ihrem Kampf in den Rücken zu fallen.

Aber der Revisionistenchef dachte nicht daran, dieser gerechten Fordetung der Streikenden nachzukommen. Obwohl die Arbeiter schließlich sogar das Universitätsgelände abriegelten, verschaffte er sich Zugang und hielt seine Rede. Doch nicht genug damit: Carrillo hatte auch noch die Stirn, die kämpfenden Arbeiter in der unflätigsten Weise zu beschimpfen. So erklärte er: „In Spanien haben wir den Eindruck, daß die amerikanische Arbeiterbewegung weiter rechts steht als die Rechte in Spanien. Die spanischen Arbeiter würden es nie verstehen, daß Streikende jemand von ihrer Seite am Reden hindern könnten."

Das muß man sich einmal vorstellen. Die „Rechte in Spanien" — das sind niemand anderes als die Kräfte der faschistischen Reaktion. Und der Verräter Carrillo, der selbst mit diesen Kräften zusammenarbeitet, der mit ihnen gerade den berüchtigten Moncloa-Pakt gegen die Werktätigen geschlossen hat, er beschimpft die amerikanischen Arbeiter, noch schlimmer zu sein als die spanischen Faschisten. Und stellt sich dabei noch hin als einer „von ihrer Seite", von der Seite der Arbeiter.

Die Streikenden von der Yale Universität aber haben klargemacht, wo für sie der Herr Carrillo steht. Sie bezeichneten ihn als Schwindler und Streikbrecher, als einen, der den kapitalistischen Luxus genieße und die Arbeiterklasse bespucke.

Imperialisten loben Sadat-Reise

Sie wollen die Kapitulation der arabischen Völker!

Fortsetzung von Seite 1

noch nicht genug. So gifteten die Springer-Zeitungen gegen die Fernsehanstalten, die es gewagt hatten, in den Mittagstunden des vorletzten Sonntag das normale Programm zu senden, statt sich in Direktübertragungen aus Jerusalem einzuschalten, wie es die amerikanischen Sender den ganzen Tag über getan hatten.

Und während Sadat sich einer Welle der Empörung aus der arabischen Welt gegenübersah, kam massive Schützenhilfe aus Bonn. Brandt schickte ein Telegramm nach Kairo, in dem er Sadat beschwört, sich von der Verurteilung seiner Reise durch die arabische Öffentlichkeit nicht beeindrucken zu lassen. Schmidt, der Held von Mogadischu und Stammheim, fand anerkennende Worte: „Man kann die Tapferkeit von Präsident Sadat nur bewundern."

Welche Tapferkeit? Ist es der Mut des Friedenskämpfers, dem die Bonner Herren hier ihre Anerkennung zollen? Sehen wir uns doch einmal an, wie es mit dem Frieden bestellt war bei den Gesprächen in Jerusalem. Man braucht sich nur den folgenden Dialog anzuhören. Auf die Frage eines Journalisten, ob er bereit wäre, auf die Forderung nach der Räumung der besetzten arabischen Gebiete zu verzichten, sagte Sadat: „Unser Land ist uns heilig." Und der Zionistenführer Begin gleich darauf: „Ich respektiere diese Erklärung und weil ich sie respektiere, muß ich antworten: Auch unser Land ist uns heilig." „Unser Land" — damit meinte Begin das besetzte Palästina, den besetzten Sinai, den besetzten Golan. Der israelische Militärstiefel auf den geraubten arabischen Territorien, die Unterjochung und Vertreibung des Volks von Palästina — das ist es, was Begin heilig spricht. Konnte er deutlicher zum Ausdruck bringen, daß die Zionisten nicht im Traum daran denken, den arabischen Völkern irgendwelche Zugeständnisse zu machen? Ist das nicht eine offene Kriegserklärung an die ganze arabische Nation und vor allem an das Volk von Palästina?

Sadat hat dieser Kriegserklärung, dieser unverhüllten Heiligsprechung der zionistischen Aggression nicht widersprochen. Er hat im Gegenteil auf Betreiben des Ex-Kriegsministers Dayan in all seinen Reden kein einziges Mal die PLO erwähnt, die ja auch von den arabischen Ländern als die alleinige Vertreterin des palästinensischen Volkes anerkannt wurde. So war es also bestellt um diese angebliche Friedensmission. Der Präsident Sadat hatte die „Tapferkeit", die nationalen Rechte der Palästinenser mit Füßen zu treten, vor den zionistischen Aggressoren zu kapitulieren. Dafür bekommt er jetzt das große Lob aus Washington und Bonn.

Um seine Mission aufzuwerten, um die Völker über ihren wirklichen Charakter zu täuschen, wird jetzt von einer mutigen Einzeltat gesprochen, im Ernst behauptet, selbst das Weiße Haus wäre von Sadats Reise überrascht gewesen. Tatsächlich aber ist der Auftritt des ägyptischen Präsidenten bei den zionistischen Mördern nur ein Mosaikstein in dem imperialistischen Komplott gegen die arabischen Völker. Es waren die Diplomaten Washingtons, die die Kontakte zwischen Kairo und Tel Aviv knüpften, und Sadat selbst hat seine Reise als einen Auftakt zur Genfer Friedenskonferenz gesehen, auf der unter dem gemeinsamen Vorsitz der beiden Supermächte die arabischen Länder und die PLO zur Kapitulation vor den Zionisten gezwungen werden sollen.

Und warum wird denn Sadat jetzt in Bonn bejubelt? Eben aus dem Grund, weil sein Auftritt in Jerusalem den zionistischen Staat gestärkt, in die Front der arabischen Länder aber Spaltung getragen hat. Die westdeutschen Imperialisten sind zwar nie verlegen darum, Erklärungen abzugeben, in denen der Frieden im Nahen Osten, ja sogar die „Anerkennung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes" gefordert werden. Tatsächlich aber haben sie noch immer die Aggressionen der Zionisten unterstützt. Milliarden haben sie ihnen in den Rachen geworfen, unter dem Vorwand, damit die Verbrechen der Nazidiktatur an den Juden „wiedergutzumachen". Sie haben ihnen Waffen geliefert, und die Bundesrepublik zur Basis gemacht, von der aus amerikanisches Kriegsmaterial gegen die arabischen Völker eingesetzt wurde.

Die westdeutschen Imperialisten, die jetzt so viel vom Frieden im Nahen Osten reden, sind mitschuldig daran, daß die von der internationalen Reaktion hochgepäppelten und aufgerüsteten Zionisten die arabischen Länder immer wieder mit Krieg überziehen konnten. Ihnen ging es und geht es darum, an der Ausplünderung der arabischen Reichtümer, vor allem des Erdöls teilzuhaben. Und die zionistischen Aggressionen sollen die arabischen Länder schwächen, sollen sie in die Kapitulation vor den imperialistischen Räuber treiben. Vor allem sollen die Zionisten und die mit ihnen verbundenen arabischen Reaktionäre die revolutionäre Bewegung der arabischen Massen, vor allem die bewaffnete palästinensische Befreiungsbewegung zerschlagen, die angetreten ist, mit zionistischer Besatzung und imperialistischer Kontrolle endgültig Schluß zu machen.

Dieser Befreiungskampf der arabischen Völker gegen die imperialistischen Räuber und ihre zionistischen Handlanger ist völlig gerecht. Ihm gehört die Unterstützung auch unseres Volkes.



Spanien



Portugal

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" (GewiSo) bezogen werden. Wir bitten insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitten wir zu richten an: **GEWISO-Buchvertrieb, 2 Hamburg 50, Postfach 500568, Tel.: 040/3902959**

Italien

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!
nuova unità
ORGANO CENTRALE DEL PARTITO COMUNISTA D'ITALIA (m-l)

Griechenland

ΠΡΟΛΕΤΑΡΙΑΚΗ ΣΗΜΑΙΑ

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Chile: Demonstrationen, Streiks, Protestaktionen

Ein grosser Schritt vorwärts

Die westdeutschen Imperialisten stehen auf der Seite des faschistischen Regimes in Chile. Das hat gerade der Besuch des CSU-Chefs Strauß bewiesen. Unsere Unterstützung gehört dem chilenischen Volk, das gegen die faschistische Diktatur kämpft; gehört unserer Bruderpartei, der Revolutionären KP Chiles, die unter schwierigsten Bedingungen in der Illegalität kämpft; gehört der von ihr geführten Front des Volkes. Der folgende Artikel aus dem „El Pueblo", dem Zentralorgan der RKP Chiles und zwei Beispiele aus dem Kampf des chilenischen Volkes zeigen, wie sich der Kampf gegen die faschistische Diktatur entwickelt.

Die Anstrengungen der faschistischen Militärjunta, unser Volk zu unterjochen, sind vergeblich. Sie rennt gegen eine Mauer des Widerstandes des chilenischen Volkes. Die Arbeiter haben im Rahmen ihrer Kämpfe große und mutige Demonstrationen durchgeführt und dadurch ihre Siegeszuversicht gestärkt.

el pueblo

ORGANO DEL COMITE CENTRAL DEL PARTIDO COMUNISTA REVOLUCIONARIO DE CHILE

SANTIAGO DE CHILE

Seit dem 11. September 1973 haben sie Front gegen den Faschismus gemacht und heute zeichnen sie sich sogar durch noch größere Standhaftigkeit aus. Der Schlachtruf nach Freiheit wird nicht verstummen. Die Versuche der faschistischen Militärjunta, dieses Feuer, das unser geliebtes Land in Flammen setzt, auszulöschen, werden überhaupt keinen Erfolg haben. Bummelstreiks, Warenboykotte, Proteste, Streiks, in den Fabriken, auf dem Land und anderswo — all das hat die Hoffnungen der Faschisten und der Unternehmer von Grund auf zunichte gemacht.

Das gleiche gilt für die Versuche der revisionistischen Führung der KP und der reformistischen Führung der Christdemokraten, die Kämpfe zu lähmen, um sich, auf dem Rücken der Arbeiter zur Absetzung Pinochets zu verschwören und einen Faschismus ohne Pinochet aus der Taufe zu heben. Die Revisionisten und Reformisten setzen ihre Hoffnungen auf Carter und rufen nach „Ruhe" und „Frieden". Um unter den besten Voraussetzungen verhandeln zu können, versuchen sie, das Volk einzuschläfern. Indem sie behaupten, es herrsche „allgemeine Ruhe", gehen sie der faschistischen Junta zur Hand. Die wahren Patrioten weisen diese Lüge zurück, denn ein Kampf, der nicht auf dem Kampf des Volkes selbst beruht, richtet sich gegen das Volk. Der Kampf kann nur dann erfolgreich sein, wenn die Arbeiterklasse und das ganze Volk ihre eigenen Waffen in ihren Händen halten.

Auch das Jahr 1977 war ein Jahr der Aktionen. Im Januar sind eine Reihe von Menschen auf die Straße gegangen und haben gegen ihre Vertreibung in Elendssiedlungen durch die „Familienfinanzierungsgesellschaft", die von bekannten Faschisten geführt wird, gekämpft. In Puerto Montt haben die Arbeiter der Baufirma „Los Canales", aus Protest gegen die Einfrierung ihrer Löhne die Arbeit niedergelegt. Auf der Baustelle der Südautobahn am Streckenabschnitt zwischen Puerto Montt und Puerto Aysen haben die „mobilisierten" (d. h. in Wirklichkeit zwangsverpflichteten — RM) Arbeiter, wie sie von Pinochet genannt werden, ihre Arbeit verlassen, weil die Lebensbedingungen zu schlecht und die Löhne zu niedrig waren. Sie verließen die Arbeit ohne Angst vor Repressalien.

Unser Volk kämpft für seine eigene Befreiung und enthüllt die Versuche, zu den alten reformistischen Methoden zurückzukehren, die es an den Wagen der Bourgeoisie anhängen würden, wie es der Wunsch der Führer der KP ist, die die bedingungslose Einheit mit den Christdemokraten wollen. Das Volk hat schon bittere Erfahrungen machen müssen, und zu den alten Methoden zurückzukehren hieße, uns der Gnade der revisionistischen und reformistischen Führer auszuliefern.

Unser Volk kämpft und versucht sich zu befreien, indem es sich auf seine eigenen Kräfte stützt. Beispiele, die das zeigen, sind die Arbeitsniederlegung der Arbeiter und Angestellten der Bank von Chile in Santiago für die Bezahlung einer versprochenen Prämie und der Protest Hunderter von Frauen am 8. März im Höchsten Gericht gegen das Verschwinden von 501 Menschen. An der Studentenfront wird seit dem letzten Jahr ein Boykott der Einschreibungsgebühren organisiert. In diesem Zusammenhang sind bereits viele Kämpfe geführt worden.

Nur durch Kampf kann sich das Volk befreien. Die Demonstrationen, Proteste und Streiks zeigen, daß die chilenische Arbeiterklasse, die revolutionärste Klasse unserer Gesellschaft, und die übrigen Werktätigen nicht auf den vermeintlichen Messias gewartet haben, der „Chile den Wandel bringt".

Nur indem man am Weg der politischen Unabhängigkeit der Arbeiterklasse festhält, werden das Volk und die wahren Patrioten die Waffen finden, um die faschistische Militärjunta zu stürzen und den US-Imperialismus hinauszuwerfen, eine Regierung der antifaschistischen Einheit zu schaffen und den Weg des Sozialismus zu beschreiten."

KP Perus

Die 'Theorie der drei Welten' ist reaktionär

Vor kurzem hat Radio Tirana ein Interview mit dem Generalsekretär der Kommunistischen Partei Perus gesendet. In diesem Interview wird die internationalistische Haltung und die entschlossene Unterstützung der Sozialistischen Volksrepublik Albanien und der Partei der Arbeit Albaniens für die revolutionären Kämpfe der Völker gewürdigt. Wir drucken im folgenden das Interview nach dem Text der Sendung von Radio Tirana ab.

„Die Sozialistische Volksrepublik Albanien", sagte der Generalsekretär der Peruanischen KP, „mit einem arbeitsamen Volk und mit ruhmreichen heroischen Traditionen, von der PAA geführt, die von ihrem großen Führer, Genossen Enver Hoxha, mit Klugheit geleitet wird, baut mit unversiegbarer Kraft auf dem sicheren

PROLETARIOS DE TODOS LOS PAISES, UNIOS



Bandera Roja

ORGANO CENTRAL DEL PARTIDO COMUNISTA PERUANO

Weg zum Kommunismus die sozialistische Gesellschaft auf, indem sie die Diktatur des Proletariats tatsächlich ausübt, als ein Instrument des Klassenkampfes, geleitet von den unvergänglichen Prinzipien des Marxismus-Leninismus. Auf diese Weise hat sie die Fahne des Marxismus-Leninismus stets hochgehalten, verwirklichte sie große Umgestaltungen. Dadurch wurde das arme, rückständige, ausgebeutete und unterdrückte Albanien der Vergangenheit zu einer wirklich sozialistischen Gesellschaft aufgebaut.

In der gegenwärtigen internationalen politischen Situation auf der Welt, die von dem USA-Imperialismus und dem sowjetischen Sozialimperialismus bedroht wird, die zur gleichen Zeit und im gleichen Maß der Hauptfeind der Revolution sind, setzt das sozialistische Albanien trotz der allseitigen Blockade des Imperialismus, des modernen Revisionismus und aller Reaktionäre unerschütterlich den sozialistischen Aufbau fort und kämpft gegen die neuen Formen des Opportunismus und für die Verteidigung der Reinheit des Marxismus-Leninismus und der Weltrevolution.

In dem Bericht des Genossen Enver Hoxha an den VII. Parteitag der PAA wird klar zum Ausdruck gebracht, daß all die Bezeichnungen wie ‚zweite Welt', ‚dritte Welt', ‚blockfreie Welt' oder ‚Entwicklungsländer' usw., mit denen die verschiedenen politischen Kräfte belegt werden, die heute auf der Welt wirken, den Klassencharakter dieser politischen Kräfte verschleiern und nicht enthüllen, nämlich die grundlegenden Widersprüche unserer Epoche, das heute im nationalen und internationalen Maßstab vorherrschende Schlüsselproblem, den unerbittlichen Kampf, der heute zwischen der bürgerlich-revisionistischen Welt einerseits und dem Sozialismus, dem Weltproletariat und seinen natürlichen Verbündeten andererseits geführt wird. Diese Haltung der PAA ist eine korrekte Haltung, die mit der leninistischen Definition des Inhalts unserer historischen Epoche als Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution übereinstimmt und die historische Mission der Arbeiterklasse, nämlich die alte Macht der Ausbeuter auf revolutionärem Weg zu zerschlagen und die proletarische Macht mit dem Ziel des Aufbaus der klassenlosen Gesellschaft zu errichten, auf die Tagesordnung setzt.

Die Peruanische KP, die unter den schwierigen Bedingungen der schonungslosen Ausbeutung und Unterdrückung durch den Imperialismus, vor allem des amerikanischen Imperialismus, und die einheimischen reaktionären Klassen kämpft, steht auf festen revolutionären Positionen an der Spitze des werktätigen Volkes und festigt durch konkrete Kämpfe die revolutionäre antiimperialistische, antifeudale, demokratische und nationale Front.

Die Peruanische KP, die dem Marxismus-Leninismus treu ist, hat die reaktionäre Theorie der ‚drei Welten', die darauf abzielt, den revolutionären Geist der Volksmassen zu ersticken und sie zu der von dem USA-Imperialismus aufgezwungenen Sklaverei zu verurteilen, gebrandmarkt, als eine Theorie, die vom Sozialismus und vom Marxismus-Leninismus abweicht.

Die Peruanische KP bringt ihre Übereinstimmung mit dem Standpunkt der heroischen PAA, die vom großen Marxisten-Leninisten, Genossen Enver Hoxha, geleitet wird, zum Ausdruck. Zusammen mit den wahren marxistisch-leninistischen Parteien wird sie stets an der Spitze des sozialistischen Albanien stehen, gegen den USA-Imperialismus und den sowjetischen Sozialimperialismus, gegen die neuen Spielarten des Revisionismus und gegen alle Reaktionäre auf der Welt, denn die glänzende Zukunft gehört dem Marxismus-Leninismus und dem proletarischen Internationalismus.

Der Widerstand in Chile

Streik in Vina del Mar

Am 1. August hieß es in der Fischverarbeitungsfabrik „Pomar" in Vina del Mar: „Wir streiken!". Seit Juni hatten die Kapitalisten keine Löhne mehr bezahlt und jetzt waren vor allem die Arbeiterinnen nicht länger bereit, auch nur noch eine Minute zu arbeiten. Sie forderten die sofortige Auszahlung der Löhne.

Die Kapitalisten erklärten daraufhin ihre Zahlungsunfähigkeit, und der Staat intervenierte. Die faschistische Regierung ernannte den Vizeadmiral Jorge Paredes zum „Vermittler". Das erste, was er machte, war, das Auslaufen der Fischerboote zu verhindern, die normalerweise den Betrieb versorgen. Damit sollte die Wirkung des Streiks abgeschwächt werden. Denn klar ist, wenn sich die unverarbeiteten Fische in den Lagerhallen stapeln und nicht verarbeitet werden können, ist das ein enormer Druck auf die Kapitalisten, den Forderungen der Arbeiter nachzugeben. Aber die Arbeiter ließen sich durch die Faschisten nicht einschüchtern. Sie setzten ihren Streik fort.

Der sogenannte „Vermittler" ließ daraufhin die Polizei holen. Alle Arbeiter wurden verhaftet und sollen wegen Gefährdung der „inneren Sicherheit" vor Gericht gestellt werden.

Dieser Kampf ist nur einer von vielen ähnlicher Art, die überall im Land ausbrechen. Sie alle zeigen klar, wie sich die Kampfkraft des chilenischen Volkes entwickelt, das im Kampf den einzigen Weg sieht, um der Ausbeutung und der faschistischen Tyrannei ein Ende zu machen.

Ein Spitzel wird liquidiert

Die Spitzel und Agenten der faschistischen Junta sind überall in Chile verhaßt. Es gibt sie in den Betrieben und den Stadtvierteln, und sie versuchen, in die geheimen Widerstands- und Kampfkomitees der Front des Volkes einzudringen, um



die aktivsten Kämpfer der Polizei in die Hände zu spielen. Schon viele sind auf diese Weise in den Folterkellern und KZs der Faschisten verschwunden oder einfach ermordet worden.

Einer dieser Spitzel hatte sich auch in eine Gießerei im Stadtteil Matucana von Santiago de Chile eingeschlichen. Seine Aufgabe war es, die Kollegen, die dort den Kampf gegen die Kürzung der Löhne organisierten und Propagandamaterial des Widerstandes verteilten, ausfindig zu machen und zu verraten.

Aber einige Arbeiter kamen ihm auf die Schliche. Sie beriefen eine Versammlung ein, an der Arbeiter anderer Betriebe dieses Stadtteils teilnahmen. Einstimmig beschlossen sie, den Spitzel hinzurichten. Das Urteil wurde sofort vollstreckt.

Diese Aktion des Widerstandes gegen den Terror und die Unterdrückermethoden in den Betrieben, hat dem illegalen Kampf neuen Elan verliehen. Die Exekution dieses Spitzels ist eine der Keimformen des bewaffneten Kampfes, durch den das chilenische Volk letzten Endes die faschistische Diktatur stürzen wird.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00-13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	2. Programm		
21.30-22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW



"Bargeld sofort"

Korrespondenz. „Bargeld sofort! — Millionär verleiht Geld! — Blitzkredit per Telefon!“ Wer von uns kennt nicht die verlockenden Angebote in den Zeitungen oder auf den Postkarten, die einem fast wöchentlich in den Briefkasten flattern. Man kann sich nur wundern, wie einem das Geld regelrecht aufgedrängt wird...

Neulich nun hat mir ein Kollege erzählt, wie solche „Kredithaie“, deren Praktiken sich im Prinzip nicht von denen der Banken unterscheiden, vorgehen. Dieser Kollege arbeitet nebenbei in einem Fernseh- und Radiogeschäft als Zulieferer von Fernsehgeräten: „Ja, dieses relativ kleine Fernsehgeschäft hat einen Vertrag mit einem dieser berüchtigten Bargeldinstitute, mit der ‚Partner Finanz GmbH‘.“

Ich verstand nicht, was Fernseher mit Krediten zu tun haben sollten.

„Ich liefere Fernseher aus, die ‚Partner‘ gehören. — Nehmen wir einen Familienvater, der arbeitslos wird und kein Geld mehr hat, nicht mehr ein noch aus weiß, wie er alles bezahlen soll, z. B. seine Miete, sein Auto, überhaupt seine Schulden. So ein Mann ohne Arbeit verliert schnell bei den Banken und Sparkassen seine „Kreditwürdigkeit“. Von denen bekommt er keinen Pfennig mehr, weil er keinen festen Verdienst vorweisen kann. In seiner Verzweiflung ruft dieser Kollege also — aufgrund einer Postkarte im Briefkasten — z. B. bei



Zynischerweise mit einem Rettungsring werben die Kredithaie für sich.

„Partner“ an, obwohl er weiß, daß die Zinsen wahnsinnig hoch sind. Sagen wir, er benötigt dringend 2.000 DM. „Partner“ schickt einen Vertreter zu ihm ins Haus. Vorher haben sich jedoch diese Gauner bei der ‚Schufa‘ über diesen Mann informiert.“

„Was ist denn ‚Schufa‘? Das kenne ich nicht.“

„Das weißt du nicht? Das ist eine zentrale Abrufstelle aller Banken und Geldinstitute, ein ‚Schuldennachweisinstitut‘, wo von jedem Bürger eine Kartei über seine Geldverhältnisse angelegt ist. Da ruft also auch ‚Partner‘ an, um herauszukriegen, wie tief der jeweilige Kunde schon in Schulden steckt und wieweit es sich lohnt, ihn noch weiter auszunehmen.

Zurück zu unserem Familienvater. Der Vertreter von ‚Partner‘ ist also bei ihm, um mit ihm den Vertrag zu machen. Dieser Vertreter weiß genau, daß der Mann die 2.000 DM ganz dringend benötigt. Er kann ihn also erpressen. Das machen die Brüder so, daß sie diesen armen Menschen einen neuen Farbfernseher andrehen. Ihr Motto: Du kriegst die 2.000 DM, doch nur unter der Bedingung, daß Du auch den Farbfernseher nimmst. Der Mann — nichtsahnend — willigt ein. Und nun kommt der Rückzahlungsvertrag.“

„Du, das mit dem Fernseher versteh' ich immer noch nicht.“

„Wart' ab, das ist ja der Trick. ‚Partner‘ hat einen Vertrag mit ‚Imperial‘ oder besser wohl umgekehrt. Der Ami-Konzern ‚Imperial‘ macht Verträge mit diesen Kreditinstituten, um billig seine Fernseher loszuwerden. Nebenbei: Diese Fernseher, die ‚Partner‘ verscheuert, sind die primitivsten, die es überhaupt gibt. Sie kosten im Geschäft etwa 1.000 DM, bei ‚Partner‘ aber 2.500 DM. Doch nicht nur das. Da kommt noch mehr dazu. Der Fernseher ist ja auch nur auf Pump, weil der Mann ja kein Geld hat. Also berechnet ‚Partner‘ noch Zinsen auf die 2.500 DM, außerdem Bearbeitungsgebühren und den Gebühren für den Einbau einer Uhr in diesen Apparat. Auf die Uhr komm' ich später noch zurück. Alles zusammen kostet allein dieser primitive Fernseher dem Mann etwa 5.500 DM.“

„Das kann ich gar nicht glauben!“

„Hör zu! Das ist noch nicht alles. Zu diesen Gebühren für den Fernseher kommen jetzt die 2.000 DM mit den entsprechenden Zinsen, Bearbeitungsgebühren, Schuldenabzahl-Versicherung usw. usw. Weißt du, was dieser Mann, um seine 2.000 DM in bar zu erhalten, ‚Partner‘ insgesamt zurückzahlen muß? — 10.000 bis 15.000 DM!!“

Ich war sprachlos. Und trotzdem verstand ich das mit dem Fernseher noch nicht ganz. Wie sollte der Mann denn das ganze Geld zurückzahlen, wenn er sowieso nichts hatte?

„Ja, jetzt wird es erst richtig gemein. Zurückzahlen muß er das Geld über Jahre durch Fernsehstunden. Der Fernseher ist nämlich nur ausgeliehen. Er läuft nur, wenn man in die Uhr auf der Rückseite 1 DM hineinsteckt, wie bei einer Waschmaschine im Waschsalon. 1 DM für eine dreiviertel Stunde in die Röhre glotzen. Das üble daran ist, daß ‚Partner‘ jede Woche zum Kassieren kommt. 90 DM wollen sie die Woche haben. Das Geld holen sie sich aus dem Fernseher. Da kannst du dir ja vorstellen, daß der TV den ganzen Tag laufen muß. Auf den Fernseher gibt es nur eine kurze Garantiezeit. Ziemlich schnell, weil es primitive Geräte sind, fallen die ersten Reparaturen an. Auch diese läßt sich ‚Partner‘ anrechnen. Ausgeführt werden sie — auch das ist vertraglich vereinbart — von dem Fernsehgeschäft, bei dem ich arbeite. Und das ist nicht gerade billig!

Du siehst also, was alles an diesen 2.000 DM in bar dranhängt. Ein Haufen von Blutsaugern: ‚Partner‘, ‚Imperial‘ und die Reparaturwerkstatt, bei der ich nebenbei arbeite. Sie alle mästen sich an der Not der Ärmsten. Du glaubst gar nicht, was ich für Not und Elend in diesen Wohnungen sehe, in die ich diese verdammten Fernseher bringe. Mir kann keiner mehr etwas vormachen, von wegen ‚Sozialstaat‘ oder ‚Demokratie‘!“

Bergmans Film "Das Schlangenei"

Auch ein Beitrag zur Terroristenhysterie

Der schwedische Erfolgsregisseur Ingmar Bergman, bekannt durch seine düsteren Seelendramen, hat sich vor einiger Zeit aus seiner Heimat in die Bundesrepublik abgesetzt. Er steht sich steuerlich besser hier. Jetzt läuft mit dem „Schlangenei“ sein erster in Westdeutschland gedrehter Film in den Kinos. Von einer massiven Propaganda im Fernsehen und in den Zeitungen begleitet, konnte dieser Film auf der „Bild“-Hitliste der meistgespielten Streifen immerhin schon den dritten Platz erobern.

Worum geht es bei diesem „Schlangenei“? Die Geschichte ist schnell erzählt: Im Berlin des Jahres 1923 findet Abel Rosenberg, ein amerikanischer Jude, stellungsloser Artist, seinen Bruder erschossen auf. Weitere unerklärliche Todesfälle ereignen sich in seiner Umgebung. Die Polizei schaltet sich ein. Der Artist und seine Schwägerin, eine Nachtclubsängerin, geraten in den Sog eines dämonischen Arztes. Der entpuppt sich schließlich als die treibende Kraft hinter den mysteriösen Ereignissen. Die Toten sind Opfer seiner Menschenversuche, durchgeführt an „minderwertigem Leben“, Vorwegnahme einer Zeit der „Herrenmenschen“, deren Anbrechen der Arzt für zehn Jahre später ankündigt.

Das hört sich an, wie eine Kopie des „Dr. Mabuse“, und es ist auch eine. Wie in den deutschen Horrorstummfilmen der zwanziger Jahre wird auch im „Schlangenei“ eine Atmosphäre geschaffen, die von Chaos und Angst, von geheimnisvollen Zwängen bestimmt wird. Die gleiche winklige Kulissenwelt enger, im Dunkel liegender Gassen; labyrinthische Gänge in dem Krankenhaus des dämonischen Arztes; geheimnisvolle Maschinen, deren Summen zu hören ist, die man aber nicht zu Gesicht bekommt.

Der „Spiegel“ nennt das eine „berückend realistische Symbolik“. Und auch bei der revisionistischen „Deutschen Volkszeitung“ ist ein „unbestreitbar positiver Eindruck“ zurückgeblieben. Was an diesen Schreckensvisionen realistisch oder gar positiv sein soll? Bergman hat seine Geschichte eingebettet in einen scheinbar historischen Zusammenhang. Er spielt in den Tagen, in denen in München der Hitler-Putsch scheitert. Mehrmals wird von den Personen des Films auf diese Ereignisse angespielt. Und aus der Kulissenwelt, in der das „Schlangenei“ angesiedelt ist, tauchen Nazibanden auf, schlagen einmal einen Mann zusammen, zerstören ein anderes Mal das Nachtlokal, in dem die Heldin auftritt. Es geht also um Deutschland am Vorabend der faschistischen Diktatur. Und es geht um die Jahre des Elends und Hungers, in denen ein Dollar gegen Millionen Mark getauscht wird.

Aber geben solche Verweise auf die geschichtliche Wirklichkeit dem Film einen realistischen Charakter, zeigen sie gar, wie es der „Arbeiterkampf“des KB-Nord behauptet, „um was es sich beim Faschismus handelt“? Das Gegenteil ist der Fall. Was in diesem Film als scheinbar historischer Fakt vorkommt, ist selbst nur Bestandteil eines unwirklichen Wachsfigurenkabinetts. Die Werktätigen, die von Bergman vorgeführt werden, erscheinen nur als eine dumpfe, apathische Masse. Die Kamera fährt über ihre unbewegten Gesichter, während ein Kommentator etwas von Chaos, von blutigen Zusammenstößen zwischen Nazis und Kommunisten redet. Jugendliche werden ins Bild gerückt, und eine unbestimmte Angst vor ihnen wird beschworen mit dem Hinweis, was wohl aus Deutschland wird, wenn diese jungen Menschen erwachsen sind. Und der Zuschauer kann es sich ausrechnen: Zehn Jahre später bricht die Nacht der faschistischen Diktatur herein.

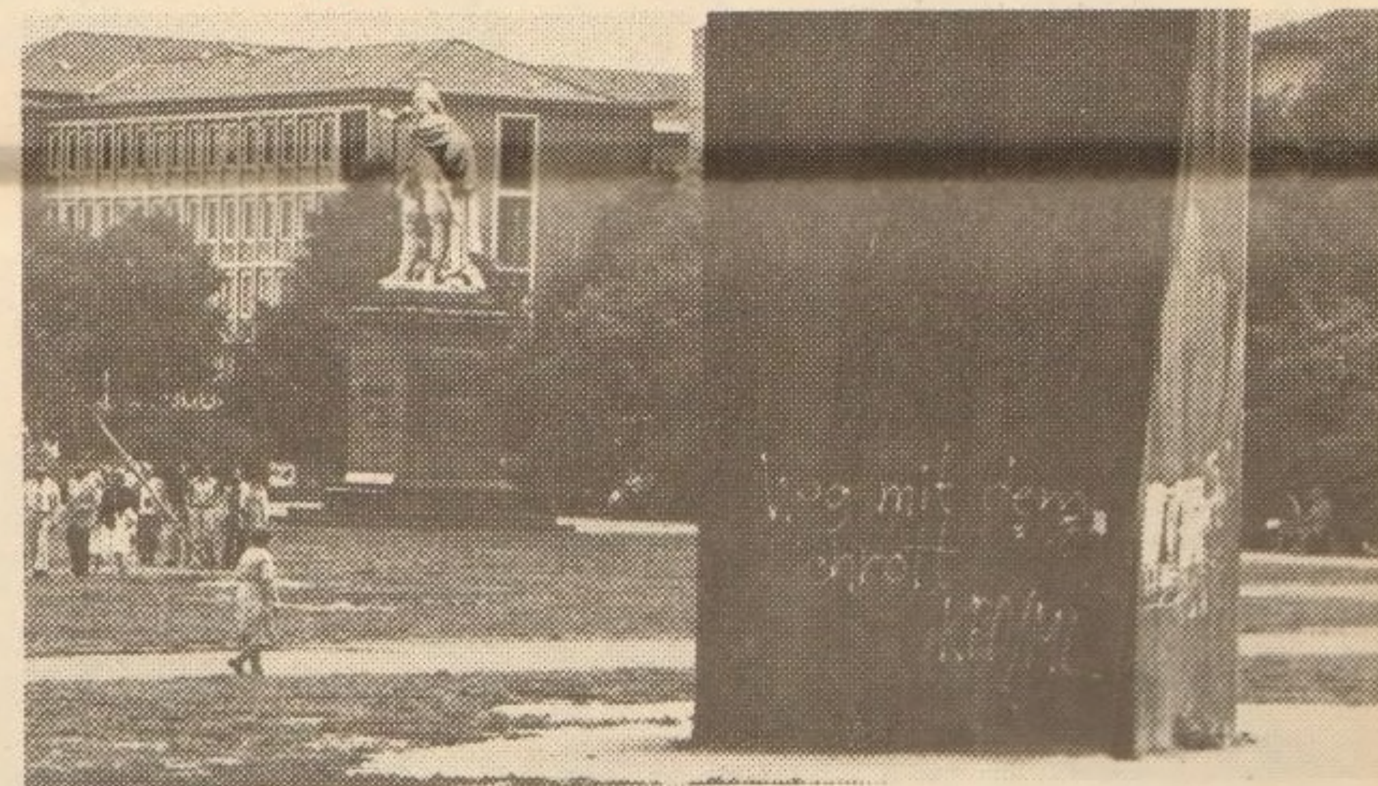
Daher weht also der Wind! Es ist das deutsche Volk selbst, das haltlos und ziellos auf den Faschismus zutreibt. Kann man sich denn eine hinterhältigere Verfälschung der Wirklichkeit, eine schlimmere Verhöhnung der Volksmassen vorstellen? Die Wirklichkeit der Herbst- und Wintermonate von 1923, das waren die Barrikaden des Hamburger Aufstands, das waren die breiten Massenkämpfe der Werktätigen, Kämpfe, die nicht von Verzweiflung und dumpfer Apathie, sondern von einem klaren revolutionären Willen bestimmt waren: der Herrschaft der Bourgeoisie ein Ende zu setzen.

Für Bergman gibt es weder Klassen noch Klassenkampf. Und der Faschismus? Er ist schließlich auch nichts anderes als die Ausgeburt der Wahnphantasie seines „Dr. Mabuse“. Er ist ein Alptraum, der über den Menschen liegt, mehr noch; er ist ein Teil von ihnen. Das wird an einer besonders infamen Szene deutlich: Der Held stößt bei seinem ziellosen Umhertreiben durch die dunklen Gassen auf ein Geschäft, dessen Inhaber wie er selbst Rosenberg heißt, offenbar auch ein Jude. Der Held, der zuvor unbeteiligter Zeuge eines Überfalls von Nazischlägern war, nimmt einen schweren Stein auf und zertrümmert die Scheibe des Schaufensters. So ist das also! Der Faschismus, dessen Entstehen Bergman angeblich so realistisch schildert, ist das irrationale Böse, das in der Seele jedes Menschen lebt, auch in der seiner Opfer.

Dieser Film ist nicht antifaschistisch, wie der „Arbeiterkampf“ behauptet, er ist Bestandteil der ideologischen Vorbereitung des Faschismus. Er zeigt die Gewalt, ist selbst brutal und gewalttätig, aber diese Gewalt ist konsequent des Klassencharakters entkleidet, sie liegt in den Menschen selbst. Und die einzige Alternative, zu Bedrohung, Angst, Chaos und Gewalt, die dieser Film offenläßt, das ist der starke Staat, die Diktatur. Bezeichnend, daß die einzige Figur dieses Machwerks, die nicht ziellos durch diesen Alptraum taumelt, die dem Chaos Widerstand entgegensetzt, der Polizeikommissar ist, der Vertreter der bürgerlichen Staatsgewalt.

So reiht sich das „Schlangenei“ nahtlos ein in die gegenwärtige Angstkampagne, die Terroristenhysterie, wie sie von der westdeutschen Bourgeoisie betrieben wird. Natürlich, die Bonner Schreckensvisionen sind konkreter als Bergmans Alpträume: Strela-Raketen auf startende Flugzeuge, Atomreaktoren, von Terroristen zum Bersten gebracht, davon sollen wir uns bedroht fühlen. Aber die Schlußfolgerung ist die gleiche. Nur der „starke Staat“ kann die Rettung bringen. Bergman, der gegenwärtig auch in Interviews als Propagandist des Bonner Staates gegen ausländische Kritik auftritt, hat sich mit seinem „Schlangenei“ um die Interessen der Bourgeoisie seiner neuen Wahlheimat wahrhaftig verdient gemacht.

Weg mit dem Schrott



... das war die Meinung der meisten Zuschauer auf der Kasseler „Documenta“ über diese „Plastik“ des Amerikaners Richard Serra. Sie empfanden es als echte Zumutung, 100 Tonnen nackten Stahl als „Kunstwerk“ vorgesetzt zu bekommen.

Die Stadtväter von Bochum sind da allerdings anderer Meinung. Sie haben den Stahlhaufen gekauft — für 300.000 DM. Das ehemalige „Wahrzeichen“ der Kasseler „Documenta“ soll jetzt den Bahnhofsvorplatz von Bochum verzieren. Wohl als Wahrzeichen für die „Volksverbundenheit“ der Bochumer Stadtväter, die sich auch durch einen wahren Proteststurm der Bochumer Bevölkerung nicht davon abhalten lassen, für einen Haufen Schrott 300.000 DM hinzublättern (es handelt sich ja schließlich auch nicht um ihr Geld, sondern um die Steuergelder der Werktätigen), während sie da, wo es um eine bessere Gesundheitsversorgung, um mehr Kinderkrippen und ähnliches mehr, kurz, um die Belange der Werktätigen geht, auch nicht eine müde Mark freiwillig herausrücken.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
G. Schneider
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30



Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. .....

○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... Datum: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:
○ jährlich **DM 30,00** ○ halbjährlich **DM 15,00** ○ vierteljährlich **DM 7,50**

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus nach Erhalt der Rechnung zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Parteibüros der KPD/ML

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der SVR Albanien und Veröffentlichungen des Verlags Roter Morgen bezogen werden.

Zentrales Büro, Redaktion „Roter Morgen“, Landesverband (LV) NRW und Buchladen „Roter Morgen“, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/ 43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 9-12 und 14-18 Uhr, Sa. 9-14 Uhr.

Parteibüros:

LV Wasserkante, 2000 Hamburg 6, Buchladen „Roter Morgen“, Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 4 30 07 09. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, 3000 Hannover, Buchladen „Roter Morgen“, Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 44 51 62. Öffnungszeiten: Di-Fr 17-19, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, 6700 Ludwigshafen (Friesenheim), Parteibüro der KPD/ML, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621/69 71 09. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa. 10.30-13.00 Uhr.

LV Baden-Württemberg, 7000 Stuttgart 1, Buchladen „Roter Morgen“, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, 8000 München 2, Buchladen „Roter Morgen“, Maistr. 69, Tel.: 089 / 53 59 87. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Schererstr. 10, Tel.: 030 / 4 65 28 07. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

5100 Aachen, Buchladen „Roter Morgen“, Viktoriastr. 35. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 10.30-14.00 Uhr.

4800 Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen“, Sudbrackstr. 31, Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-12 Uhr, Tel.: 0521 / 17 74 04.

4630 Bochum, Buchladen „Roter Morgen“, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.-18.30, Mi 17-18.30, Sa 10-13 Uhr.

2800 Bremen (Walle), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 39 38 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

4100 Duisburg 1 (Hochfeld), Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr. Tel.: 0203 / 6 47 96.

4300 Essen-Altendorf, Buchladen „Roter Morgen“, Helenenstr. 35. Öffnungszeiten: Mi u. Do 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr. Tel.: 0201 / 62 42 99.

6000 Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen“. Burgstr. 78, Tel.: 0611 / 43 75 95. Öffnungszeiten: Di-Fr 16.30-18.30, Sa 10-13

2300 Kiel 1, Buchhandlung „Roter Morgen“, Gutenbergstr. 46. Tel.: 0431 / 56 77 02. Öffnungszeiten: Mo, Di, Mi, Do 9-13 und 15-18, Fr 9-13 und 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr

5000 Köln 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen“, Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221 / 85 41 24. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

2400 Lübeck, Buchladen „Roter Morgen“, Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451 / 7 69 39. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

4400 Münster, Buchladen „Roter Morgen“, Bremer Platz 16, Tel.: 0251 / 6 52 05. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.